

SPD

**Starke Menschen. Starkes Land.
Thüringen gemeinsam gestalten.**

**BESCHLÜSSE DES LANDESPARTEITAGES DER SPD THÜRINGEN
VOM 28. MAI 2011**

Bearbeitungsstand: 26.09.2011

INHALTSVERZEICHNIS

Unser Zukunftsdialog: Starke Menschen - starkes Land. Thüringen gemeinsam gestalten.	3
Neuer Fortschritt für Thüringen	12
Leiharbeit begrenzen / Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen	23
o.T.	24
o.T.	24
Thüringen zum grünen Motor Deutschlands machen	24
Gebührenfreiheit auch für Kindertagesstätten verwirklichen!	25
Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern	25
Vorrang für Bildung und lebenswerte Kommunen – Fortschritt braucht ein gerechtes Steuersystem!	26
Initiative zur (Wieder)Einführung der Vermögensteuer/Vermögensabgabe im Bundesrat starten	28
Polizeiliche Kennzeichnungspflicht	28
Verfassungsschutz besser kontrollieren	28
o.T.	28
Ablehnung eines Vertriebenen-Gedenktags am 5.8.	29

UNSER ZUKUNFTSDIALOG: STARKE MENSCHEN - STARKES LAND. THÜRINGEN GEMEINSAM GESTALTEN.

Warum wir eine neue Politik brauchen

Das Leben in unserer Gesellschaft ist einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Volkswirtschaften und Finanzmärkte sind immer enger miteinander verflochten, globale Umweltrisiken, wachsende soziale Unterschiede, eine steigende Informationsflut und die rasante Beschleunigung des Alltagslebens prägen unsere Zeit. Dieser vielgestaltige Wandel hat auch das Zusammenleben in Thüringen verändert. Einerseits haben sich neue Freiheiten und Chancen aufgetan: von der Möglichkeit, andere Länder; Kulturen und Ausbildungssysteme kennenzulernen, bis zu den Exporterfolgen Thüringer Unternehmen. Andererseits ist dieser Wandel die Quelle von Unsicherheiten und hat berechtigte Ängste vor sozialen Verwerfungen und einem Auseinanderdriften der Gesellschaft ausgelöst.

Die rasanten wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Veränderungen bedeuten neue Herausforderungen für die Menschen im Freistaat. Sie verlangen nach einer vorausschauenden Politik – einer Politik, die neue Antworten auf die drängenden Probleme der Gegenwart findet und die gesellschaftlichen Fortschritt anders bestimmt als früher. Die bisherigen Antworten waren oft unzureichend, weil sie einseitig auf wirtschaftliches Wachstum, Deregulierung und ein engstirniges Leistungsdenken gesetzt haben. Die Ereignisse in Japan führen auf schreckliche Weise vor Augen, dass diese alten politischen Konzepte, die Sicherheit für Menschen und den schonenden Umgang mit der Natur wirtschaftlichem Wachstum und hohen Renditen untergeordnet haben, endgültig ausgedient haben.

Ein neues Verständnis von Fortschritt und gesellschaftlicher Entwicklung ist dringend nötig. Es verlangt, jederzeit den ganzen Menschen im Blick zu haben, ihn nicht auf seinen Beitrag zur „Wertschöpfung“ zu reduzieren. Es verlangt auch, die Gesellschaft als Ganze voranzubringen. Sozialdemokratische Politik hat immer versucht, sich an den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft zu orientieren. Sie hat gesellschaftlichen Wandel mit den Menschen gestaltet und nicht über ihre Köpfe hinweg. An diese fortschrittliche Tradition können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten anknüpfen, wenn wir politische Antworten für die Herausforderungen der Gegenwart formulieren.

Die wesentlichen Herausforderungen für die Gesellschaft und die Menschen im Freistaat lassen sich entlang von drei eng miteinander verknüpften Leitbegriffen bestimmen: hochwertige Bildung, nachhaltige Entwicklung und soziale Teilhabe.

Moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften sind auf hohe Qualifikationen ihrer Mitglieder angewiesen. Hochwertige Bildung und der Zugang zu den entsprechenden Bildungseinrichtungen können in ihrer Bedeutung daher kaum überschätzt werden – gerade auch in einem Land wie Thüringen. Gut ausgebildete Menschen, die über fachliche Kenntnisse ebenso verfügen wie über soziale Kompetenzen und Teamfähigkeit, sind die Grundlage für echten gesellschaftlichen Fortschritt. Auf Dauer kann dieser nur erreicht werden, wenn wirtschaftliches Wachstum und Ökologie in Einklang gebracht werden. Dafür steht unser Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das auf Innovation und den zügigen Ausbau erneuerbarer Energien setzt. Eine lebenswerte Gesellschaft bedarf zugleich des sozialen Ausgleichs und der Absicherung gegenüber den Lebensrisiken, sei es gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder eine unzureichende Versorgung im Alter. Daher setzen wir zusammen mit allen gesellschaftlichen Kräften im Land auf eine starke soziale Sicherung.

Mit dem Regierungswechsel hat sich für die SPD in Thüringen die Möglichkeit ergeben, eine neue Fortschrittspolitik für Thüringen zu betreiben. Diese Chance haben wir mutig genutzt. In den wichtigsten Feldern der Landespolitik haben wir im Interesse Thüringens und seiner Menschen umgesteuert. Davon zeugt ein Bildungswesen, das nicht auf Ausgrenzung, sondern auf Integration setzt – und damit jedem gute Entwicklungschancen garantiert. Davon zeugt die von der SPD herbeigeführte Energiewende, die Thüringen zum grünen Motor macht – und damit die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum schafft. Davon zeugt

unsere Politik der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe, die den Schwächeren unter die Arme greift und auf die Kräfte der Zivilgesellschaft setzt. Das sind für uns Meilensteine auf dem Weg zu einem anderen, noch lebenswerteren Thüringen.

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Der Mensch entscheidet über die Zukunft dieses Planeten. Die inzwischen unübersehbaren ökologischen und sozialen Grenzen einer auf Natur- und Rohstoffverbrauch ausgerichteten Industrialisierung zwingen zur Veränderung alter Denk- und Handlungsmuster. Wir Sozialdemokraten sehen den Menschen als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung und stellen ihn in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns.

Wir werden das gegenseitige Vertrauen in der Gesellschaft stärken und auch das Vertrauen in Politik und Wirtschaft wiederherstellen. Wir wollen an dem, was sich in Thüringen bewährt hat, festhalten und zugleich die nötigen Veränderungen einleiten, derer es bedarf um eine lebenswerte Gesellschaft zu erreichen. Uns ist es wichtig, unsere Demokratie zu sichern und zu stärken und die Zukunft Thüringens konstruktiv zu gestalten.

Wir wollen Fortschritt hin zu einem Thüringen, das sich auf nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit, hochwertige Bildung und reichhaltige Kultur, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe gründet.

Wir wollen allen Menschen in allen Lebensphasen Chancen eröffnen. Wir vertrauen in die Fähigkeiten und Kräfte der Menschen hierzulande. Gemeinsam werden wir ein lebenswertes, zukunftsfestes Thüringen gestalten.

Thüringens Ausgangslage

Zwanzig Jahre nach der Wende zeichnen sich in Thüringen Konturen einer Erfolg versprechenden wirtschaftlichen Entwicklung ab. 20 Jahre nach der Wende hat die Arbeitsgesellschaft in Thüringen wieder Tritt gefasst. Eine Millionen Menschen gehen einer Erwerbstätigkeit nach, davon 740.000 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dennoch sind immer noch 125.000 Menschen ohne Arbeit und weitere 50.000 werden in beschäftigungspolitischen Maßnahmen betreut.

Noch ist die Arbeitslosenquote zu hoch - auch wenn einzelne Regionen, wie die Gegend um Eisenach, eine der höchsten Beschäftigungsquoten in Deutschland haben. Dies konnte auch deshalb erreicht werden, weil die meisten Menschen im Freistaat hervorragend qualifiziert sind, eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss haben. So hat zum Beispiel Jena den höchsten Akademikeranteil in Deutschland.

Die privat und öffentlich finanzierte Bildungsinfrastruktur mit unseren Universitäten und Hochschulen, das Betreuungsangebot für Kleinkinder und Kindergartenkinder, sich an den fortschrittlichsten Entwicklungen orientierende Schulen, die Kulturdichte und das Freizeitangebot, nicht zuletzt die Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur, erbracht von qualifizierten Frauen und Männern, bilden das Rückgrat eines lebenswerten Thüringens. Viele Thüringerinnen und Thüringer engagieren sich ehrenamtlich und tragen so zu einem guten Miteinander in unserem Freistaat bei.

Wir wollen die Chancen die diese Ausgangsbasis bietet, für die Gestaltung der Zukunft nutzen. Wir wissen aber auch um die Herausforderungen, die vor uns liegen.

Wir kennen die Bevölkerungsentwicklung der letzten 20 Jahre. Thüringen hat in diesem Zeitraum 400.000 Einwohner verloren und wird in den kommenden 20 Jahren nach den bisherigen Prognosen noch einmal so viele Einwohner verlieren. Im Jahr 1990 hatte Thüringen 2,6 Mio. Einwohner, im Jahr 2030 könnten es nur noch 1,8 Mio. Einwohner sein. Der Rückgang der Einwohnerzahlen stellt sich regional unterschiedlich dar: Während einige Regionen deutlich an Einwohnern verlieren, wachsen Städte wie Erfurt, Jena und Weimar seit kurzem wieder. Mit dieser Unterschiedlichkeit müssen wir in Thüringen umgehen und dies bei der Gestaltung der Aufgaben berücksichtigen.

Auch ein anderer Aspekt ist mit der demographischen Entwicklung verbunden. Die Bevölkerung wird nicht nur geringer, sondern auch älter. Und auch hier gibt es wieder erhebliche regionale Unterschiede. Mit diesen

Veränderungen wollen wir positiv umgehen, denn neben den Risiken die sie bergen, bieten sie Chancen, die Entwicklung Thüringens voranzutreiben.

Wachstumsland und grüner Motor: Arbeit – Wirtschaft - Energie

Gute Einkommen, Partizipation und Mitbestimmung

Die Löhne in Thüringen in der Breite zu steigern und damit das Geleistete anzuerkennen, ist ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik. In den nächsten zehn Jahren braucht Thüringen 200.000 Fachkräfte. Schon jetzt steigt der Bedarf an fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Wettbewerb um Fachkräfte wird sich ausweiten. Darauf sind jene Unternehmen schlecht vorbereitet, die in der Vergangenheit ausschließlich von der Alternativlosigkeit ihrer Stellenangebote profitierten wollten. Gute Arbeit wird es in Zukunft nicht zu den Löhnen der Vergangenheit geben. Wettbewerbsfähige Löhne und eine gute Unternehmenskultur sind das beste Mittel gegen Fachkräftemangel. Betriebsräte als Garanten der Teilhabe müssen ebenso gestärkt werden wie die Gewerkschaften. Die Wirtschaft verändert das Land am meisten. Wir wollen dafür sorgen, dass dabei die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu kurz kommen.

Neue Unternehmenskultur und innovative Wirtschaft

Die Unternehmen der Zukunft zeichnen sich durch hierarchieübergreifende und kooperative Gemeinschaften aus, in denen guter Nachwuchs ausgebildet wird. In den kommenden Jahren braucht die Thüringer Wirtschaft eine nachholende Verjüngung, neue Generationenbündnisse und einen umfangreichen Wissenstransfer.

Dabei sind Innovationen die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit und Zukunftsgerechtigkeit Thüringens. Thüringen ist ein Land mit innovativen Produzenten und Dienstleistungsbetrieben. Es ist anschlussfähig an trendgetriebene Wachstumsfelder im Kontext globaler Entwicklungen. Wichtige Zukunftsbranchen wie: Automotive, Life Science, Energie und Energiespeicherung, Maschinenbau, Kunststoffe und Keramik, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Mikro- und Nanotechnologie sowie Optik sind solide aufgestellt und können weitere wirtschaftliche Dynamik entwickeln. Die Potentiale sind da, sie müssen jetzt konsequent weitergeführt werden.

Ander als bei der schwarz-gelben Bundesregierung ist jetzt kein Lavieren und Zaudern angesagt, sondern entschlossenes Handeln, um zu nachhaltigem Wirtschaften zu kommen. Wir wollen die richtigen Weichenstellungen im Umgang mit den globalen Umweltproblemen und mit dem demographischen Wandel und damit sicheres Umfeld für Zukunftsinvestitionen schaffen. Dies ist eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben. Flankiert und abgesichert wird ein solch glaubwürdiger Weg in die Zukunft durch Investitionen in eine moderne Infrastruktur. Daher geht es uns um den Ausbau einer Forschungs- und Wissenschaftslandschaft, die sich an der Weltspitze behaupten kann. Um die Qualifikation der kommenden Generation zu sichern, sind Bildungsanstrengungen auf allen Ebenen erforderlich. Um diese ungeheure Aufgabe zu bewältigen, sind höhere staatliche Investitionen in Bildung erforderlich.

Die Energie- und Effizienzrevolution vorantreiben

Die SPD hat das Land Thüringen seit 2009 auf einen energiepolitischen Zukunftskurs gebracht, der auf breite Akzeptanz stößt.

Zu unserer energiepolitischen Zukunftsstrategie gehört, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien in all ihren Formen, d.h. Windenergie, Photovoltaik, Geothermie und Wasserkraft schneller und gezielter vorantreiben, Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und Energieeinsparungen auf den Weg bringen, den Einsatz von Effizienzkraftwerken wie z.B. Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung fördern und den Ausbau notwendiger Infrastrukturen für die Energieversorgung voranbringen.

Wir wollen eine wirkliche Energiewende in Deutschland und unseren Beitrag aktiv dazu leisten. Das grüne Herz Deutschlands soll auch zum grünen Motor werden. Unser Ziel ist es, in Thüringen einen Erneuerbaren-Energie-Anteil von mindestens 45% am Gesamtenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien verbessern. In einem Landesentwicklungsplan sollen der Vorrang der Erneuerbaren Energien gesetzlich festgeschrieben und verbindliche Zielsetzungen für deren Ausbau definiert werden. Dadurch sind die Förderung von Investitionen

in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und entsprechende Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung zu erreichen.

Ein wichtiger Baustein ist für uns ebenso eine Re-Kommunalisierung der Energieversorgung in Thüringen. Wir wollen den Gemeinden im Rahmen des Gemeindeförderungswirtschaftsrechts die Möglichkeit eröffnen, auch unternehmerisch im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig zu werden.

Bildungsland Thüringen: die besten Bildungschancen und reichhaltige Kultur

Fortschritt, der den Menschen zugute kommt, benötigt ein Bildungswesen, dem es um den Menschen als Ganzes geht. Daher haben wir in Thüringen die gesamte Bildungskette im Blick: in allen ihren Facetten und von der Geburt an. Daher setzen wir auf Leistungsfähigkeit und soziale Kompetenzen, auf die Vermittlung von Kenntnissen und Werten in den Bildungseinrichtungen, auf gemeinsamen Unterricht und individuelle Förderung. Daher haben wir seit dem Regierungswechsel 2009 wichtige Reformen in der Thüringer Bildungslandschaft in Angriff genommen – und eine ganze Reihe davon sogar schon umgesetzt. Das Bildungsland Thüringen gewinnt so eine neue Gestalt.

Im Zentrum sozialdemokratischer Bildungspolitik stehen die Kinder: Jedes Kind soll in den Thüringer Bildungseinrichtungen individuell und optimal gefördert werden. Zugleich gilt es, die durch das soziale Umfeld und die ungleichen Voraussetzungen in den Elternhäusern bedingten Unterschiede in den Startchancen zu verringern. Schwächere benötigen besondere Förderung: in den Kindergärten, in der Schule und durch einen kostenfreien Zugang zu den Hochschulen und Universitäten.

Mit unserer Politik, die wir nunmehr in Regierungsverantwortung betreiben, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die junge Generation den vielfältigen Herausforderungen einer modernen Gesellschaft gewachsen ist. Dafür bedarf es eines gewandelten Bildungswesens, das sich durch hohe Qualität, individuelle Förderung, soziale Gerechtigkeit und einen integrativen Ansatz auszeichnet. Nur dort, wo gut ausgebildete Menschen leben, wird es in Zukunft auch wirtschaftliche Dynamik geben. Und erst ein hochwertiges Bildungswesen ermöglicht es, Fortschritt im Sinne der Menschen und für die Gesellschaft zu erreichen.

Starke Kitas als Grundstein

Die Thüringer Kindergärten werden auch in Zukunft ein Herzstück unserer Bildungspolitik sein. Neben dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag wollen wir auch die Angebote für unsere Allerjüngsten weiter ausbauen. Der mit dem neuen Kita-Gesetz verbesserte Betreuungsschlüssel ist dafür die Grundlage. Über die garantierte Betreuungszeit von 10 Stunden am Tag hinaus sollen weitere Angebote ermöglicht werden, die sich am Bedarf der Eltern orientieren. Die verbesserten Mitwirkungsrechte der Eltern müssen in den nächsten Jahren mit Leben gefüllt werden. Die wichtigste Aufgabe für die kommenden Jahre wird es sein, die guten Standards, die wir jetzt gesetzt haben, auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu sichern. Wir sind der festen Überzeugung: Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und die Verbesserung ihrer Qualität sind die sinnvollsten Bildungsinvestitionen, die wir als Land machen können.

Längeres gemeinsames Lernen

Wenn wir es schaffen, unsere Kleinsten angemessen zu fördern, soziale Nachteile auszugleichen und damit jene Grundlagen zu schaffen, die für die gesamte Bildungsbiografie von Bedeutung sind, muss sich diese Entwicklung auch im Schulsystem fortsetzen. Unsere Schulen sollen bestmögliche Voraussetzungen dafür bieten, dass sich junge Menschen optimal entwickeln können. Dazu gehören eine angemessene Ausstattung, qualifizierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer, gute Lehrpläne, ein Schulklima, das Wissenserwerb und soziale Kompetenzen fördert, und auch die Einbindung unserer Schulen in ihren Sozialraum und die Kooperation der Schule mit den Eltern ebenso wie mit Vereinen und der örtlichen Wirtschaft.

Die Thüringer Schulen mit ihren vielen engagierten Lehrerinnen und Lehrern bieten dafür gute Voraussetzungen. In manchen Bereichen unseres Schulwesens bestehen jedoch Probleme, die wir angehen müssen und die entschlossene Reformen erfordern. Versäumnisse der Vergangenheit haben dazu geführt, dass unser Schulsystem nach wie vor nicht allen Kindern und Jugendlichen optimale Entwicklungschancen bietet. So verlassen fast 7% der Thüringer Jugendlichen die Schule ohne Schulabschluss und wir haben eine

Förderschulquote, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Hier setzen wir an mit unserem Konzept des gemeinsamen Unterrichts, das Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zusammenbringt.

Die inzwischen im Schulgesetz verankerte Thüringer Gemeinschaftsschule ist unser Schulmodell für Thüringen. Sie bietet eine überzeugende Alternative zu den in vielen Studien nachgewiesenen Nachteilen des getrennten Schulsystems, das gemeinsame Lernerfahrungen nur für wenige Jahre ermöglicht und die Bildungsungerechtigkeit vergrößert. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen, Eltern und Lehrern wollen wir die Gemeinschaftsschule in Thüringen etablieren. Sie soll als zukunftssträchtige Schulform für alle interessierten Schüler und Eltern in Thüringen erreichbar sein.

Schulentwicklung muss von allen getragen werden: von Schülern, Eltern und Lehrern. Die Lehrerinnen und Lehrer sind dabei zentrale Akteure in unseren Schulen. Sie tragen mit ihrem Engagement entscheidend zur Qualität unseres Bildungssystems bei. In den nächsten zehn Jahren werden in Thüringen zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand gehen. Bis zum Jahr 2020 wird ein Lehrerberuf von 3.000 Fachkräften in allen Schulbereichen von der Grund- bis zur Berufsschule entstehen. Wir werden diese Entwicklung nutzen um dem Lehrernachwuchs in Thüringen wieder bessere Beschäftigungschancen zu bieten und die Altersmischung der Lehrerkollegien zu verbessern.

Gebührenfreie Hochschulen

Thüringens Zukunft lässt sich ohne die Thüringer Hochschulen nicht denken. Schon lange sind unsere Universitäten und Hochschulen viel mehr als reine Ausbildungs- und Forschungsstätten. Die Hochschulen sind die Labore der Gesellschaft von übermorgen. Sie sind der Ort, an dem Ideen und Produkte entwickelt werden, die für die Bewältigung aktueller und zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen maßgeblich sind.

Umso wichtiger ist es, dass der Hochschulzugang für alle qualifizierten Thüringerinnen und Thüringer offen bleibt – unabhängig von Geldbeutel und sozialer Herkunft. Sozialdemokratische Bildungspolitik steht dafür, dass es auch in Zukunft in Thüringen keine Studiengebühren geben wird. Wir sind überzeugt davon, dass dies ein Vorteil bei der Gewinnung junger Menschen ist, die sich entscheiden hier in Thüringen ein Studium aufzunehmen und auch ihre weitere Zukunft im Freistaat sehen. Die Gebührenfreiheit allein reicht aber nicht aus. Wir sehen im BAföG auch in Zukunft den Dreh- und Angelpunkt für die öffentliche Studienfinanzierung. Stipendienprogramme sind für die Studierenden wichtig, sie können diese Förderung aber nicht ersetzen.

Damit der hohe Leistungsstand erhalten bleibt, sorgen wir trotz der sich weiter verschärfenden Haushaltslage für eine sichere finanzielle Ausstattung der Thüringer Hochschulen. Durch die mehrjährigen Rahmenvereinbarungen erhalten die Hochschulen auch in Zukunft größtmögliche Planungssicherheit.

Kulturland Thüringen weiter entwickeln

Thüringen ist ebenso Kulturland wie Bildungsland. Unser Freistaat ist in besondere Weise durch seine kulturelle Vergangenheit geprägt: als eine Region mit vielen Kleinstaaten und Residenzen. Diese Tradition hat uns eine reiche Kulturlandschaft mit Theatern, Orchestern und kulturellen Einrichtungen hinterlassen, darunter knapp 30.000 Denkmäler, 200 Museen, zehn wissenschaftliche Bibliotheken mit national und international bemerkenswerten Sammlungen. Die Dichte unserer Kulturstätten und natürlich die besondere Tradition, die auch über die deutschen Grenzen hinaus wahrgenommen wird, machen Thüringen zu einer einmaligen Kulturlandschaft.

Moderne Industrie-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften sind zunehmend auf das kreative Potential von Menschen angewiesen. Dazu bietet eine reichhaltige Kulturlandschaft viele Impulse und Anstöße. Kultur und Kultureinrichtungen in Thüringen verstehen wir daher als einen Entwicklungsmotor für das Land. Die Pflege und Weiterentwicklung der vielfältigen regionalen Kultur sind uns daher ein besonderes Anliegen. Dies gilt umso mehr, als Kultur für die Thüringerinnen und Thüringer zugleich Identität stiftet.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten reduzieren Kultur nicht darauf, das vorhandene Erbe zu pflegen und zu erhalten. Vielmehr möchten wir die reichen Traditionen lebendig werden lassen und aus ihnen Anregungen für die Auseinandersetzung mit der Gegenwart gewinnen. Thüringen wünschen wir uns

als ein Land mit einer lebendigen Kultur, geprägt durch vielfältige Kunstformen, Mut zum Experiment und durch aktuelle Debatte.

Kultur darf nicht das sein, was man sich noch leisten kann, wenn noch finanzielle Mittel übrig sind, sondern muss vielmehr integraler Bestandteil der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Landes sein. Auch für die Kulturfinanzierung streben wir daher langfristige Rahmenvereinbarungen und Planungssicherheit für die Akteure an.

Lebensqualität in Thüringen: Soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe

Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in der Sozialpolitik sind ein sozialdemokratisches Kernanliegen und ein wichtiger Faktor für künftige Wahlerfolge in den Kommunen und im Land. Die Thüringer SPD kann nur erfolgreich sein, wenn Sozialdemokraten im Land und in den Kommunen Hand in Hand arbeiten. Ob in der Jugend-, Senioren-, Behinderten-, Gesundheits-, Verbraucher- oder in der Familienpolitik: Immer erleben die Menschen die Auswirkungen politischer Entscheidungen dort wo sie leben: in unseren Städten und Dörfern.

Dort im unmittelbaren Lebensumfeld wird wahrgenommen, ob die vorhandene Infrastruktur der sozialen Dienstleistungen und die individuelle Unterstützung den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, wie und ob gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von gesellschaftlichem Status und Einkommen ermöglicht wird.

Unser Ziel sollte sein, im Wesentlichen mit den vorhandenen Haushaltsmitteln der Sozialpolitik in Thüringen auf Landesebene und in den Kommunen eine klare sozialdemokratische Ausrichtung geben. Sozialdemokratische Sozialpolitik bedeutet Dialogbereitschaft und partnerschaftlichen Umgang öffentlicher und freier Träger miteinander. Sozialpolitik ist nicht zu verordnen – sie muss mit den Akteuren entwickelt werden. Wir setzen auf das Wissen, die Erfahrungen und die Unterstützung durch Praktiker, Experten, Betroffene und ihre Institutionen, Interessen- und Wohlfahrtsverbände.

Nicht nur angesichts der demografischen Entwicklung, sondern aus tiefer sozialdemokratischer Überzeugung lautet unser entscheidender politischer Auftrag:

Thüringer Sozialdemokraten sorgen im Land und in den Kommunen für mehr Kinder - und Familienbewusstsein. Dies zu erreichen hilft allen Menschen und es sichert unsere Zukunft. Für uns bedeutet dies insbesondere:

Familienarmut vermeiden – Kinder schützen

Gute Bildung von Anfang an und Integration in Arbeit mit Existenz sichernden Löhnen sind die entscheidenden Voraussetzungen. Eine derartige Bildungs-, Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik muss sozialpolitisch flankiert werden. Dafür erforderlich ist ein funktionierendes Netzwerk von Beratungs- und Unterstützungsangeboten insbesondere für diejenigen Menschen, die auf Hilfe zur Überwindung schwieriger Lebenslagen angewiesen sind. Dies beinhaltet z.B. Schulsozialarbeit sowie Ehe-, Familien- und Lebensberatungsangebote ebenso wie spezifische individuelle Hilfen zur sozialen Integration. Thüringen verfügt bereits über vielfältige Beratungsangebote. Wir werden diese sichern und an neue Anforderungen anpassen. Schulsozialarbeit als ein zielgerichtetes Angebot der Jugendhilfe für benachteiligte Kinder und Jugendliche wollen wir als gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen ausbauen und Initiativen zur Integration und nachhaltigen Armutsbekämpfung bedarfsgerecht verstetigen.

Die immer wieder aufflammenden öffentlichen Diskussionen bei Kindesvernachlässigung oder gar Kindestötungen beweisen: Guter Kinderschutz darf nicht von der Finanzkraft öffentlicher Haushalte abhängig sein. Der Ausbau früher Hilfen, die verlässliche Vernetzung von Jugend- und Gesundheitshilfe, die Unterstützung von Familien durch Familienhebammen, die Sicherung der Kinderschutzdienste, die kontinuierliche Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte, die Gewährleistung der Teilnahme aller Kinder an den frühkindlichen Vorsorgeuntersuchungen – all das sind sozialpolitische Aufgaben, die wir gemeinsam mit den Kommunen umsetzen und weiter entwickeln.

Familien und Kinder stärken, Erfahrungen der Älteren nutzen

Familienbildung und Familienberatung hilft allen Familien und auch zukünftigen Eltern. Noch erreichen die Angebote zu wenige Familien. Mit der Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren sorgen wir für eine erheblich verbesserte Nutzung vorhandener und neu zu entwickelnder Angebote.

Die von uns in Regierungsverantwortung durchgesetzte Verbesserung der frühkindlichen Förderung ist zugleich Grundlage und Voraussetzung für bessere, zielgerichtete und allen Interessierten zugängliche Familienbildung und -beratung.

Junge Menschen müssen in ihren Dörfern und Städten ein ausreichendes und hochwertiges, nichtkommerzielles Angebot für ihre Freizeitgestaltung nutzen können und selbst mitverantworten. Jugend braucht im übertragenen und tatsächlichen Sinne eigene Räume zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und außerschulische Bildungsangebote sind dafür ebenso erforderlich wie spezifische Beratungsangebote. Wir werden die Kommunen mit der so genannten „Jugendpauschale“ dabei verlässlich unterstützen. Angesichts der demografischen Entwicklung wollen wir insbesondere in den strukturschwachen Regionen für die Sicherung ausreichender Angebote sorgen. Der neue Landesjugendförderplan wird deshalb eine sozialdemokratische Handschrift tragen. Wesentliches Ziel ist die Stärkung von gesellschaftlicher Teilhabe und selbstverantworteter Jugendarbeit in Verbänden und Jugendgruppen sowie die Förderung der überregionalen außerschulischen politischen Jugendbildung.

Familienpolitik ist immer auch Politik mit und für ältere Menschen. Innerhalb der Familien wollen Generationen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sie dies auch können. Die Erfahrungen der Mehrgenerationenhäuser wollen wir nutzen, um die intergenerativen Angebote weiter zu entwickeln. Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz, das wir auf den Weg bringen möchten, wird auf Landes- und kommunaler Ebene die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Senioren als Experten in eigener Sache ihren Einfluss geltend machen und ihre Erfahrungen einbringen können.

Medizinische Versorgung und gute Pflege sichern

Die stationäre Versorgung in Thüringen ist dank der umfangreichen Investitionen in den Krankenhäusern seit der Wende unstrittig gut und auf einem qualitativ hohen Niveau. Dies wollen wir erhalten. Handlungsbedarf besteht bei der ambulanten medizinischen Versorgung. Insbesondere in strukturschwachen Regionen droht Ärztemangel. Hier ist vor allen Dingen der Bundesgesetzgeber gefordert. In Thüringen selbst hat sich die gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung gegründete Stiftung zur Förderung der ambulanten medizinischen Versorgung mit ihren Förderinstrumenten bewährt. Wir wollen die Stiftung sichern und ausbauen. Im Bereich der Pflege wollen wir den Ausbau ambulanter Angebote und einer qualifizierten, unabhängigen Beratung durch Pflegestützpunkte erreichen.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessern

Die kontinuierliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist der Maßstab für unsere Landes- und Kommunalpolitik. Besonderes Augenmerk gilt der Sicherung der spezifischen Beratungsangebote, der Weiterentwicklung der Frühförderung, der Stärkung der Mitwirkungsrechte, der besseren beruflichen Integration in den ersten Arbeitsmarkt und einer weitgehenden Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen.

Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen – Rechtsextremismus bekämpfen

Freiheit und Demokratie sind – einmal erkämpft – nicht prinzipiell von Dauer. Sie müssen von jeder Generation verteidigt, entwickelt und auch immer wieder neu belebt werden. Erstarrte Routinen der etablierten Politik, aber auch die Individualisierung der Gesellschaft und eine noch zu gering entwickelte Kultur politischer Beteiligung der Bürger setzen die Demokratie einer Belastungsprobe aus.

Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind wir dabei, Versäumtes der letzten Jahre nachzuholen und die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus bleibt für uns eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir unterstützen dabei ausdrücklich zivilgesellschaftliche Institutionen, die gewaltfrei darum kämpfen, fremdenfeindlichen Bestrebungen und Bewegungen keinen Raum zu überlassen.

Teilhabe durch Sicherheit – Sicherheit durch Teilhabe

Unveräußerliche Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger sind neben der Menschenwürde das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. So steht es im Grundgesetz und auch in der Thüringer Verfassung.

Gesellschaftliche Teilhabe hängt ganz entscheidend mit der Durchsetzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit zusammen. Nur eine sichere Gesellschaft ermöglicht Teilhabe. Zumal sich Gewalt in erster Linie gegen die Schwachen in unserer Gesellschaft richtet. Im Sinne eines effektiven Opferschutzes geht es

uns Sozialdemokraten deshalb darum, Thüringen so sicher wie möglich zu machen. Wir setzen dabei vorrangig auf Prävention und erst in einem zweiten Schritt auf Repression. Es ist uns wichtig, insbesondere Gewaltkriminalität konsequent zu ahnden. Noch wichtiger ist es uns aber, so rechtzeitig zu intervenieren, dass sich Gewalt erst gar nicht ereignet.

Kinder- und Jugendkriminalität genießen dabei besondere Aufmerksamkeit. Deshalb greifen wir dort entschlossen ein, wo erste gesetzeswidrige Verhaltensweisen zu verzeichnen sind. Uns geht es darum, ein Abgleiten der Kinder und Jugendlichen in verfestigte Kriminalitätskarrieren zu verhindern. Dazu setzen wir auf eine enge Kooperation der Jugendhilfe, der Polizei und der Justiz. Durch die enge Kooperation kann umgehend, effektiv und erzieherisch wirksam reagiert werden. Es geht also darum, den Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechtes konsequent zur Anwendung zu bringen, individuelle Ursachen zu suchen und passgenau zu reagieren. Daher lehnen wir auch pauschale Forderungen wie die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters, die Einführung eines Warnschussarrestes, die Verschärfung des Jugendstrafrechtes oder die konsequente Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab dem vollendeten 18. Lebensjahr ab.

Kriminalität geht häufig auf soziale Risikofaktoren zurück. Wir Sozialdemokraten arbeiten dafür, diese Risikofaktoren insbesondere dort, wo sich Kriminalitätskarrieren bereits verfestigt haben, zu reduzieren. Wir setzen uns für einen modernen Strafvollzug ein, bei dem eine menschenwürdige Unterbringung und die Resozialisierung durch entsprechende Behandlungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote gewährleistet sind. Eine erfolgreiche Resozialisierung gewährleistet am besten einen effektiven Opferschutz.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine enge Betreuung und Begleitung von entlassenen Straftätern durch die Bewährungs- und Straffälligenhilfe ein, um eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft sicher zu stellen und so das Rückfallrisiko möglichst zu minimieren.

Handeln für die Zukunft – Thüringens Chancen nutzen

Um die Chancen Thüringens nutzen zu können, müssen wir uns in den kommenden Jahren aktiv den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen und wichtige Weichenstellungen vornehmen.

Kommunen mit Zukunft

Unsere Kommunen sind Orte unmittelbar erlebter Demokratie. Ob dieses Zusammenleben funktioniert, Menschen zueinander finden und sich um einander kümmern, hängt vom Engagement vieler ehrenamtlicher Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und einer unschätzbar großen Vielfalt ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft ab. Deren Arbeit braucht eine funktionierende kommunale Infrastruktur und eine sichere finanzielle Grundlage.

Thüringen steht angesichts des demographischen Wandels und der Entwicklung der sinkenden Zuschüsse vom Bund und der Europäischen Union vor großen strukturellen Herausforderungen. Wir wollen sowohl die Landesverwaltung, als auch unsere Kommunen gut auf diese neuen Rahmenbedingungen vorbereiten. Dies muss mit einem Dreiklang aus strukturellen Reformen, neuen finanziellen Strukturen und Mehreinnahmen sowie einem verantwortungsvollem Umgang mit unseren Finanzen gemeistert werden. Um die Vorteile der Strukturveränderungen möglichst umfassend für diesen Veränderungsprozess nutzen zu können, müssen die erforderlichen Reformschritte so schnell wie möglich gegangen werden.

Moderne Verwaltung

Thüringen verfügt über zu viele Verwaltungsmodelle für seine Gemeinden. Einige dieser Modelle erfüllen nicht die Anforderungen an eine zukunftsfähige Verwaltung. Deshalb wollen wir die Verschiedenheit der gemeindlichen Verwaltung reduzieren. Wir präferieren das Modell der Einheitsgemeinde. Viele Gemeinden in Thüringen sind zudem für eine leistungsfähige Verwaltung zu klein. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Gemeindeebene durch einwohnerstärkere Gemeinden erhöhen. Selbstständige gemeindliche Einheiten sollen über deutlich mehr Einwohner verfügen, als dies heute der Fall ist. Die Interessen wichtiger Versorgungs- und Entwicklungszentren werden bei der Gemeindeneubildung besonders berücksichtigt.

Thüringen verfügt mit über 200 Behörden und Einrichtungen über zum Teil unübersichtliche Verwaltungsstrukturen auf Landesebene. Wir wollen die Verwaltungen möglichst orts- und bürgernah bündeln und straffen. Wir wollen in diesem Zuge die kommunale Selbstverwaltung stärken und einer

Aufgabenerfüllung durch Kommunalisierung den Vorrang geben. Gehen Verwaltungsaufgaben auf die Kommunen über, so gilt der Grundsatz: Den Aufgaben folgen das Personal und die Finanzausstattung.

Im Vergleich zu anderen (ostdeutschen) Bundesländern hat Thüringen eine große Anzahl an kreisfreien Städten und Landkreisen. Wir wollen diese Kreise nach Wirtschafts-, Finanz- und Leistungskraft, unter Berücksichtigung der aktuellen und historischen Verflechtungsbeziehungen sowie unter Maßgabe der Überschaubarkeit für den Bürger neu ordnen und die Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte deutlich verringern.

Bürgerbeteiligung soll in den Gemeinden und Ortschaften eine stärkere Rolle spielen als bisher. Wir wollen die Rechte der Gemeinde- und Ortschaftsräte stärken. Flächendeckend wollen wir die Einführung einer Ortschaftsratsverfassung. Die Ortschaftsräte erhalten erweiterte Budget-, Vorschlags-, Auskunfts- und Beratungsrechte.

Ebenso wollen wir die Möglichkeiten der digitalen Informations- und Kommunikationstechniken umfassender als bisher für die Bürgerinnen und Bürger, das Land und die Kommunen nutzen. Wir schlagen deshalb eine E-Government-Offensive 2020 vor, die alle organisatorischen, rechtlichen, technischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen dafür schafft, dass Thüringen im Jahr 2020 auf diesem Gebiet über eine allen Anforderungen entsprechende Ausstattung verfügt.

Diskussionsgrundlage für unseren Dialog zur Gebiets- und Funktionalreform soll das Diskussionspapier der SPD-Landtagsfraktion „Gebiets- und Funktionalreform in Thüringen – Begründung, Leitlinien, Verfahrensschritte“ sein.

Stabile Finanzen

Die Strukturveränderungen in Thüringen sind wichtig, doch sie stellen unser Land und unsere Kommunen nicht allein auf eine stabile Grundlage. Ebenso wichtig sind die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die beschlossene Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und eine deutliche Entlastung der Länder und Kommunen von Sozialausgaben.

Wir treten ein für vitale, leistungsstarke und demokratische Städte und Gemeinden. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Städte und Gemeinden finanziell besser ausgestattet werden und auch in Zukunft über eigene Finanzquellen verfügen. Notwendig ist eine umgehende Neuordnung der Kommunalfinanzen, bei der die Kommunen die durch Bundes- und Landesgesetzgebung übertragenen Aufgaben durch eine faire Finanzierungsgrundlage auch tatsächlich bewältigen können, ohne ihre eigenen Selbstverwaltungsaufgaben immer weiter einschränken zu müssen. Wir wollen dabei stärker auf die Übernahme finanzieller Dauerbelastungen der Kommunen durch den Bund setzen und weniger auf Einzelprogramme und zeitlich befristete Finanzierungen. Die maßgeblich von der SPD durchgesetzte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund war ein Schritt in die richtige Richtung. Mit der Hilfe für Menschen mit Behinderungen, den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und vielen anderen gesetzlich festgeschriebenen Pflichtleistungen übernehmen die Kommunen Aufgaben, die nicht in allen Fällen ursächlich ihre Aufgaben sind. Sie werden – anders, als ursprünglich geplant – nicht mehr nur in Einzelfällen gewährt und überfordern deshalb die Finanzkraft der Kommunen. Wir wollen deshalb einen Paradigmenwechsel: Der Bund muss mehr dauerhafte finanzielle Verantwortung übernehmen.

Die Beibehaltung, Weiterentwicklung und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer ist darüber hinaus von zentraler Bedeutung. Die Erhebung einer kommunalen Einkommenssteuer dagegen lehnen wir ab. Sie führt zu einem unfairen Wettbewerb zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Gemeinden, zu Steuerdumping und zur Benachteiligung von ohnehin finanziell schwachen Kommunen. Wir wollen die Gewerbesteuer durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen, wie z.B. die Erweiterung der Hinzurechnungen, noch weiter stabilisieren. Ferner fordern wir die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer, was Mehreinnahmen von ca. 2 Milliarden Euro zur Folge hätte. Das ist keine Mehrbelastung dieser Berufsgruppen, da sie diese mit der Einkommenssteuer verrechnen können.

Nicht zuletzt die Finanzmarktkrise, deren Auswirkungen noch nicht überwunden sind, hat gezeigt, dass unser Finanz- und Steuersystem grundlegende Veränderungen braucht. Es geht um ein weltweites wirtschafts- und finanzpolitisches Umdenken, von dem auch Thüringen, seine Kommunen und die Menschen im Freistaat

profitieren werden. Wir müssen das heutige System des Finanzkapitalismus und die Art und Weise des globalen Wirtschaftens in Frage stellen. Der Finanzkapitalismus in seiner jetzigen Form ist nicht Motor für neuen Wohlstand, sondern er ist Hemmschuh für einen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt.

Wir wollen Anreize und Regeln durchzusetzen, die dafür sorgen, dass das vorhandene Kapital in neue Investitionen und Innovationen fließt, statt in Spekulation. Wir wollen einen solidarischen Lastenausgleich schaffen, der die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam an den milliardenschweren Kosten beteiligt, die europäischen und globalen Ungleichgewichte durch eine Steigerung der Kaufkraft im eigenen Land – vor allem durch gerechtere Löhne – schrittweise in eine bessere Balance zu bringen. Dazu gehört auch eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Um notwendige staatliche Investitionen in Bildung, soziale Teilhabe, Kultur und Infrastruktur auch weiterhin zu gewährleisten, brauchen wir auch eine stärkere Beteiligung der Vermögen in unserem Land. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ist für uns eine wichtige Stütze der Finanzstruktur der Bundesländer.

Die demographische Entwicklung wird Deutschland und Thüringen verändern. Ballungszentren auch in Thüringen werden wachsen, junge Fachkräfte und Familien anziehen; in anderen Regionen wird die Bevölkerung dagegen abwandern und der Altersdurchschnitt stärker ansteigen. Die daraus entstehenden Herausforderungen bedürfen einer finanziellen Unterstützung durch den Bund. Wir sprechen uns für einen Solidarpakt aus, bei dem Regionen in Ost und West, die mit besonderen Herausforderungen der demographischen Entwicklung umgehen müssen - ähnlich wie im gegenwärtigen Solidarpakt für die neuen Länder - finanziell unterstützt und die Kosten der Bildung, Ausbildung und alternden Gesellschaft solidarisch verteilt werden.

Unser Zukunfts-Dialog

Thüringen ist ein starkes Land – mit starken Menschen. Wir wollen auf diese Stärke bauen, unser Land weiter voran bringen und den Freistaat auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen. Wir werden die notwendigen Antworten für Thüringens Zukunft geben. Jede Anstrengung lohnt, um den Menschen in Thüringen eine gute Zukunft zu geben. Ergreifen wir gemeinsam mutig die Chance, diese Zukunft zu gestalten – mit Optimismus, mit Ideen und Innovationen.

Wir werden bis zum Herbst 2012 unsere Vorstellungen für Thüringens Zukunft in einem breiten Dialog weiterentwickeln, kritisch beleuchten und sinnvoll ergänzen. Wir werden dafür auf allen Gliederungsebenen der SPD Thüringen und mit den gesellschaftlichen Akteuren im Freistaat eine breite Debatte führen und unser Bild für Thüringens Zukunft entwickeln. Den Abschluss der Debatte bildet ein Zukunftskongress im Herbst 2012. Dort wollen wir unsere Vorstellungen für ein Thüringen mit Zukunft beschließen.

NEUER FORTSCHRITT FÜR THÜRINGEN

1. Fortschritt hat Zukunft – Zukunft braucht Mut

(a) Die Welt nach Fukushima

Die Atomkatastrophe in Japan stellt die Menschheit nachdrücklicher denn je vor die Herausforderung, einen neuen globalen, sozial und ökologisch verantwortbaren Entwicklungspfad zu betreten.

Die Hoffnung, durch technischen Fortschritt auch einen gesellschaftlichen Fortschritt für die Menschen sowie ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, steht heute auf dem Prüfstand. Die Katastrophe zwingt zu einem Moment des Innehaltens. Wir fragen uns, wohin der Glaube an das technische, wie menschlich einwandfreie Funktionieren noch führen kann.

Das alte Denken aus ökologischer Nachlässigkeit, Profitorientierung um jeden Preis und Nutzung von Risikotechnologien zerschellt an dem unermesslichen Leid, das aus der atomaren Katastrophe für Menschen und Umwelt entstanden ist.

Der Umstand, dass die veralterten Meiler in Fukushima noch immer am Netz waren, folgte der wirtschaftlichen Gewinnorientierung der großen Energiekonzerne, die mit Laufzeitverlängerungen von Altanlagen weltweit und auch in Deutschland ihren Profit noch steigern wollen.

Die nukleare Energieversorgung ist nicht länger verantwortbar. Deshalb treten wir für den Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens 2021 ein.

Nun kommt es darauf an, energiepolitisch auf einen Pfad der Vernunft und der ökologischen Modernisierung zurück zu kehren – durch eine Stärkung der Erneuerbaren Energien, Ausbau der Speicher- und Leitungskapazitäten, erheblich verbesserte Energie- und Ressourceneffizienz. Global, national, regional. Wir brauchen eine dritte industrielle, eine ökologische Revolution.

(b) Der Neue Fortschritt als Antwort auf die Verunsicherung

Fortschritt wird heute widersprüchlich erlebt. Die Menschen fühlen sich als Spielball von Märkten, technokratischen Notwendigkeiten und vermeintlichen Sachzwängen. Sie fühlen sich allein gelassen und einer Gesellschaft gegenüber, in der anonyme Prozesse und Akteure regieren. Das Argument des Sachzwangs ist zur Zwangsjacke geworden. Fortschrittsoptimismus wird zum Fortschrittspessimismus. Die Menschen bezweifeln das Wachstumsdenken nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch weil es sozial damit einhergeht, dass die Takte im Betrieb immer kürzer werden, die Abfolge von Entscheidungen und Renditeerwartungen immer atemloser und das gute Leben, das auf guter Arbeit gründen soll, immer stärkeren Fliehkräften des stetigen Wandels unterliegt.

Die Skepsis und der Pessimismus beruhen auch auf der Beschleunigung und Vervielfachung von Datenströmen nach der Digitalisierung, der Entgrenzung der Arbeit aus dem Normalarbeitsverhältnis in Ich-AGen und Zeitbeschäftigung. Das Leitbild darf nicht die Abschaffung und Entwertung des Normalarbeitsverhältnisses werden. Entscheidend ist für uns, dass ein auskömmliches Grundeinkommensniveau inklusive Alterssicherung Jedermann qua Arbeit möglich ist. Der allgemeine Mindestlohn muss kommen.

Das allgemeine Leitbild vom Leistungsmenschen, mit dem perfekten Leben und der perfekten Karriere hat sich zu einem machtvollen Stressor breiter Gesellschaftsschichten ausgeformt. Wir müssen anerkennen, dass die Globalisierung und die angeblich alternativlose Anpassung der Staaten an die Gebote des Kapitals auch die Lebenswege der Einzelnen und der Familien fragmentiert hat.

Das Primat der Wettbewerbsorientierung lässt sich schon lange nicht mehr nur an einer globalen Standortdebatte festmachen, sondern hat auf die Einzelnen als Konkurrenten eines sich ebenso internationalisierenden Arbeitskräftemarkts übergreifen und zur Entsolidarisierung zwischen den Menschen beigetragen.

Nicht zuletzt die Finanzkrise hat zudem gezeigt, dass eine immer stärkere Verschränkung menschlichen Handelns mit der Digitalisierung die potentiell verheerenden Wirkungen von Entscheidungen maximiert und die Realwirtschaft auch trotz vernünftiger Unternehmensführung beschädigen kann.

In solch einem Klima können Zuversicht, Sicherheit, Engagement und neue Ideen nicht entstehen. Die neuen Wirtschaftsmächten und der demographische Wandel in Europa stellen uns vor die Herausforderung aus sozialem Kapital guter Betriebe heraus neue Produkte zu innovieren und Spitzenreiter in Forschungs- und Entwicklungsleistung zu bleiben.

Neuer Fortschritt heißt deshalb:

- die Herausforderungen einer von Menschen gemachten Zukunft aufzunehmen und beispielsweise die Energieversorgung, genauso wie die Produktions- und Produktzyklen zu revolutionieren
- es heißt aber auch, diese Entwicklungen dem menschlichen Vermögen anzupassen

Wir brauchen die Spitzenleistung und wir müssen mit den Ressourcen der Menschen umso vorsichtiger umgehen. Wer die heutige Komplexität beherrschen will, muss kooperieren. Das gilt für die ganze Gesellschaft. Sieg und Niederlage ist kein gültiges Paradigma mehr.

Wir sind überzeugt, dass technologischer und gesellschaftlicher Fortschritt zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Nur wer zur technologischen Innovation fähig ist, wird auch gesellschaftliche Veränderungen im Sinne von Mensch und Natur gestalten können. Nur wer auch im Angesicht der aktuellen Katastrophe den Mut für das Neue und Künftige behält, wird die Zukunft gewinnen. Dazu gehört unzweifelhaft, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Der Fortschritt hat einen Fuß im Gestern und einen Fuß im Morgen. Es geht darum das Gute im Gegenwärtigen nicht zu konservieren, sondern weiterzuentwickeln und den Wandel zu gestalten.

Wir brauchen ein neues Verständnis globalen und gesellschaftlichen Fortschritts. Wir müssen Fortschritt neu erfinden. Er muss wieder zu einem Hoffnungs- und Zukunftsprojekt werden. Wo der Fortschritt keine Hoffnung, keinen Wohlstand für alle, nicht mehr Lebensqualität und Teilhabe ermöglicht, brechen Demokratie- und Fortschrittskonflikte aus. Ein Neuer Fortschritt muss möglich werden, als ein neues, zukunftsgerichtetes Projekt. Das gelingt dann, wenn wir dem Fortschritt seine produktive, emanzipatorische Kraft zurück geben und seine Richtung definieren.

Unsere Gesellschaft braucht eine neue Idee von Fortschritt. Eine Veränderung zum Besseren ist in vielen Bereichen nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Wir wollen die Debatte um Fortschritt neu anstoßen. Sie soll ein offener Prozess sein, der berechnete Ängste und Sorgen aufnimmt und den Menschen so erst einen neuen Optimismus der Veränderung zum Besseren eröffnet.

(c) Unser Leitbild: Nachhaltige Entwicklung

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber bewusst, dass der Mensch die Zukunft dieses Planeten entscheidet. Deshalb gehen wir davon aus, dass Gesellschaft gestaltbar ist und wir selbst vor unserer Zukunft in der Verantwortung stehen.

Die Zukunft ist offen. Das ist eine Chance. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, das bisherige Fortschrittsmodell zu verändern. Jeder Fortschritt ist neu, aber nicht alles Neue ist Fortschritt. Die unübersehbaren ökologischen und sozialen Grenzen einer auf Natur- und Rohstoffverbrauch ausgerichteten Industrialisierung zwingen zur Modernisierung unseres Fortschrittsverständnisses.

Dieses neue Fortschrittsverständnis muss an erster Stelle und als Ausgangspunkt den Mensch in den Mittelpunkt stellen. Der Mensch steht im Mittelpunkt seiner sozialen Ordnung und behandelt die Natur nachhaltig, nicht in dem er sie zerstört. Es geht nicht darum, die Natur einfach nur zu schützen, sondern die soziale Entwicklung mit ihr in Einklang zu bringen. Das heißt, sich technisch und sozial neuer Technologien zu bedienen. Forschung und Entwicklung nicht nur auf High-Tech auszurichten, sondern auch auf ihre Vereinbarkeit mit der Gesellschaft. Giftige Stoffe und Güter, risikoreiche Verfahren, gegenseitiges Misstrauen und soziale Unsicherheit laufen einem neuen Fortschritt zuwider. Die Frage nach dem guten Leben steht im Mittelpunkt unserer Politik.

Wir in Thüringen wollen mit einem neuen Fortschritt für Thüringen deshalb einen Dreiklang begründen, der das gegenseitige Vertrauen in der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wiederherstellt und stärkt. Wir wollen das Gute an Thüringen stärken und eine lebenswerte Thüringer Zukunft herstellen.

Wir wollen einen neuen Fortschritt für Thüringen:

- Wachstum und gute Arbeit,
- Wachstum und gutes Einkommen,
- Wachstum und soziale Sicherheit,
- Wachstum und nachhaltige Industrie,
- Wachstum und nachhaltige Entwicklung.

Wir wollen deshalb allen Menschen jederzeit im Leben eine Chance geben, wir wollen ihnen vertrauen und darauf setzen, dass alle Thüringer gemeinsam am ehesten ein lebenswertes, zukunftsfestes Land verwirklichen können.

2. Der Neue Fortschritt für Thüringen

(a) Ausgangsbasis für den neuen Fortschritt in Thüringen

Die Basis für eine gute Zukunft ist vorhanden. Zwanzig Jahre nach der Wende zeichnen sich in Thüringen Konturen einer erfolgversprechenden wirtschaftlichen Entwicklung ab. Dem Freistaat ist es, besser als anderen ostdeutschen Bundesländern, gelungen, große Teile der Verwerfungen zu überwinden, die einhergingen mit dem Systemumbruch und den Konsequenzen einer Schocktherapie für Unternehmen, Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Thüringen hat 20 Jahre nach der Wende als Arbeitsgesellschaft wieder Tritt gefasst. In Thüringen gehen 1 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach, davon 740.000 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Gegenwärtig sind 125.000 Menschen ohne Arbeit, weitere 50.000 werden in beschäftigungspolitischen Maßnahmen betreut.

Noch ist die Arbeitslosenquote zu hoch. Aber die Konzentration auf die Unterbeschäftigung verdeckt eine wichtige Tatsache: In Thüringen gehen inzwischen anteilig zur Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren mit 71% mehr Menschen einer Erwerbsarbeit nach als es dem Durchschnitt der alten Bundesländer entspricht. Die Region um Eisenach hat eine der höchsten Beschäftigungsquoten in Deutschland.

Thüringen liegt bei der Betriebsdichte und einem Industriebeschäftigtenanteil von 24% auf westdeutschem Niveau und verzeichnet in den vergangenen zehn Jahre in allen relevanten Branchen große Fortschritte bei Umsätzen, Exportquoten und Beschäftigungsaufbau in Industrie und unternehmensnahen Dienstleistungen.

Der Wertschöpfungskern der Wirtschaft in Thüringen hat einen enormen Modernisierungsschub hinter sich gebracht. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der internationalen Konkurrenz hat deutlich zugenommen.

Auch kooperieren die Unternehmen wieder stärker mit der regionalen Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur und bilden zunehmend fruchtbare Forschungscoalitionen und leistungsfähige Forschungsnetzwerke.

In Thüringen gibt es wieder einen neuen selbstbewussten industriellen Mittelstand, der eine wichtige Rolle in gesamtdeutschen und überregionalen Wertschöpfungsketten spielt. Und nicht wenige Tochterbetriebe westdeutscher Konzernunternehmen zeichnen sich durch beeindruckende Leistungsbilanzen und zunehmende Selbstständigkeit gegenüber ihren Müttern aus. Neben dem günstigen Branchenmix des verarbeitenden Gewerbes weist auch der Dienstleistungssektor eine hohe Stabilität auf.

Eine nachhaltige Entwicklung hat auch den ländlichen Raum zu berücksichtigen, in dem die Mehrzahl der Menschen in Thüringen lebt. Die aktuelle Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik muss dabei als eine Chance für eine zukunftsorientierte Politik in den ländlichen Räumen verstanden werden, um sich den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen: Dem Klimawandel, der Erhaltung der Biodiversität und der Ernährungssicherheit. Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Agrarunternehmen, dass die Reformierung der Fördersysteme auf die gewachsenen Strukturen der Landwirtschaft in Thüringen abgestimmt werden muss. Ein Eckpunkt der Reform ist die Honorierung der Landwirte für den Erhalt der natürlichen Ressourcen, der Biodiversität und unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dies erlaubt uns neue Perspektiven für die Menschen, gerade in strukturschwachen Regionen mit vielfach hohem Naturwert, durch touristische In-Wert-Setzung aufzuzeigen und zu entwickeln.

Thüringen ist ein Land der qualifizierten Arbeitstätigkeit. Die meisten Menschen sind beruflich einschlägig qualifiziert, haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. So hat zum Beispiel Jena – gemeinsam mit seiner Partnerstadt Erlangen – den höchsten Akademikeranteil in Deutschland. Weniger Menschen als in Westdeutschland arbeiten als Un- oder Angelernte. Dies kann Schule

über Thüringen hinaus machen. Der Beruf als zentrale Chance zu einer nachhaltigen Qualifizierung für das Bestehen einer offenen Zukunft soll zentral zur Chance auf ein gutes Leben in Thüringen sein.

Die privat und öffentlich finanzierte Bildungsinfrastruktur, das Betreuungsangebot für Kleinkinder und Kindergartenkinder, die Kulturdichte und das Freizeitangebot, nicht zuletzt die Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur, erbracht von qualifizierten Frauen und Männern bildet das Rückgrat eines lebenswerten Thüringens.

Das Berufsethos der Thüringerinnen und Thüringer ist der Garant für Beständigkeit, Zuverlässigkeit, Präzision, Ideenreichtum und Qualitätsorientierung. Wer nicht nur seinen Job macht, sondern sich mit seiner Arbeit identifiziert, leistet oft jenes „mehr“ an Qualität und Umsichtigkeit, das in der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen oft den entscheidenden Unterschied ausmacht.

Die Verfügbarkeit an beruflich motivierten Arbeitskräften ist der Hintergrund für die zahlreichen Erfolgsgeschichten im Freistaat. Viele Firmen haben sich inzwischen – anders als es die Metapher der „verlängerten Werkbank“ nahelegt – vor allem als intelligente Problemlöser und flexible Anbieter kundenspezifischer Produkte mit erheblicher Innovationsfähigkeit in die Märkte hineingearbeitet und sich dabei nach und nach in übergeordnete Wertschöpfungszusammenhänge integriert.

Flexibilität, Zuverlässigkeit und Qualitätsorientierung, Produkte und Dienstleistungen zu vernünftigen Preisen herzustellen, dies sind die Markenzeichen vieler ostdeutscher Unternehmen. Gerade westdeutsche Unternehmer oder Geschäftsführer sind begeistert von der Leistungsbereitschaft und den Fertigkeiten ihrer ostdeutschen Mitarbeiter, ohne die die Firmen heute nicht dastehen würden, wo sie sind.

(b) Orientierungspunkte für einen neuen Fortschritt in Thüringen

Gute Einkommen, Partizipation und Mitbestimmung

„Unsere Mitarbeiter verdienen nicht, was sie verdienen“. Dieser Satz war nicht nur von Betriebsräten sondern auch von vielen Geschäftsführern in den letzten zwanzig Jahren in Thüringen zu hören. Die Löhne in Thüringen in der Breite zu steigern und damit das Geleistete anerkennen zu können, ist zentral zu der sozialdemokratischen Politik des neuen Fortschritts.

In den nächsten zehn Jahren braucht Thüringen 200.000 Fachkräfte. Dem stehen nur 14.000 potentielle nachrückende Nachwuchskräfte gegenüber. Fachkräfte werden zur Mangelware. Damit verändert sich die Wettbewerbssituation zwischen Unternehmen und Beschäftigten. Es entsteht ein neuer Wettbewerb um Fachkräfte. Darauf sind allerdings jene Unternehmen schlecht vorbereitet, die in der Vergangenheit motivationspolitisch ausschließlich von der Alternativlosigkeit ihrer Mitarbeiter profitierten.

Ein zukunftsfähiges Thüringen braucht:

- selbstbewusste Arbeitnehmer statt Angstgemeinschaften,
- direkte Partizipation statt Agonie;
- Mitbestimmung statt Autokratie.

Betriebsräte als wichtige Sozialfiguren der Teilhabe und der Verantwortung müssen gestärkt werden. Die Wirtschaft verändert das Land am meisten, wir müssen dafür sorgen, diese Kräfte positiv zu verstehen und zu nutzen.

Innovative Wirtschaft und gute Leistungsgemeinschaften

Thüringen braucht ein neues Unternehmerleitbild. Gute produktive Leistungsgemeinschaften zeichnen sich eben nicht nur durch optimale Nutzung des vorhandenen Humankapitals, sondern dadurch aus, dass hierarchieübergreifend auf Augenhöhe kooperiert, junge Mitarbeiter integriert und der Nachwuchs gut ausgebildet wird. Nachholende Verjüngung steht auf dem Programm. Stichworte sind: Neue Generationsbündnisse, Wissenstransfer und positive Signale an die Jugend.

„Gute Unternehmer“ müssen ausgezeichnet werden. Zum Guten Unternehmen gehören eben auch faire Entlohnungsniveaus und gute Arbeitsbedingungen. Belegschaften, Management und Betriebsräte müssen Bündnisse schließen und Träger einer guten Firmenkultur werden. Dabei ist es durchaus denkbar, dass es

einen eigenständigen Thüringischen Weg der Sozialpartnerschaft gibt, aber: Gute Arbeit in Zukunft gibt es nicht zu den Löhnen der Vergangenheit.

Die Chancen für diesen Fortschritt sind gut. Da der Bedarf an Fachkräften inzwischen belastbar prognostizierbar ist, sinkt der funktionale Bedarf an jener flexiblen Beschäftigung in Thüringen, die den Arbeitnehmern massiv zum Nachteil gereicht. Nun kann man es anders formulieren: Prekäre Beschäftigung erhöht die Unsicherheit bei Unternehmen. Sichere Arbeit dagegen sichert Unternehmen ihre Qualifikationsbasis. Wer früher begreift als andere, was sich geändert hat, schlägt daraus Kapital. Erfolgreiche Unternehmen, Branchen, Landkreise, die sich den Slogan „Wir bieten gute Beschäftigungsperspektiven – mit Sicherheit!“ zu Eigen machen, sind im Vorteil. Diese neue Sicherheitskultur muss zum Markenzeichen der Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen werden.

Wer Beschäftigung sichert und gut entlohnt, behält sein Investment in die Qualifikationsbasis seines Unternehmens. Wer gut bezahlt erhält die Motivation und den Innovationswillen, auf den er in der Konkurrenz angewiesen ist. Wer innoviert, erhöht seinen Wertschöpfungsanteil. Wer daraus Gewinne erwirtschaftet, hat Geld für gute Löhne. Wettbewerbsfähige Löhne und eine gute Unternehmenskultur sind das beste Mittel gegen Fachkräftemangel!

Für eine integrative Innovationspolitik

Innovationen sind die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit und Zukunftsgerechtigkeit Thüringens.

Thüringen ist ein Land mit innovativen Produzenten und Dienstleistungsbetrieben. Es ist anschlussfähig an trendgetriebene Wachstumsfelder im Kontext globaler Entwicklungen. Acht Zukunftsbranchen, Automotive, Life Science, Energie und Energiespeicherung, Maschinenbau, Kunststoffe und Keramik, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Mikro- und Nanotechnologie sowie Optik, sind solide aufgestellt und können weitere wirtschaftliche Dynamik aufnehmen.

Die Potentiale sind da, sie müssen jetzt konsequent weiterentwickelt werden. Thüringen muss dazu eine integrative Innovationspolitik entwickeln.

Dazu braucht es zur gemeinsamen Verständigung eine Hersteller- und Anbieterübergreifende Entwicklung von Markenkernen „Made in Thüringen“ im Rahmen der entstehenden Cluster.

Thüringen sollte in der Markenassoziation insbesondere auf die Profilierung mit wissensintensiven Produkten und Dienstleistungen setzen.

Die Anteile wissensintensiver Arbeitsplätze, insbesondere mit Blick auf die Steigerung der F&E Tätigkeit der thüringischen Wirtschaft, müssen konsequent erhöht, und im Rahmen der Bilanzierung der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsentwicklung ausgewiesen werden. Die Hochschulen sollen nicht in zeitweise finanzierten Projekten die Vernetzung zwischen Forschung und Markt betreiben, sondern als Institut insgesamt und als Teil der grundständigen Ausbildung auch in Technologie- und Wirtschaftsfernen Fächern.

Die Steigerung des Anteils der F & E Aktivitäten in der Wirtschaft des Landes setzen aber nicht nur eine Technologieorientierung auch jenseits der Techniker und Ingenieure voraus, sondern eben auch die Vernetzung innovativer Prozesse als soziale und kommunikative Prozesse zwischen den arbeitenden Menschen unterschiedlicher Disziplinen.

Letzteres ist Grundlage erfolgreicher und marktgängiger Innovationspolitik, nicht die Innovation selbst, sondern ihr sozialer Kontext ist entscheidend.

Gute Arbeit ist Grundvoraussetzung erfolgreicher innovativer Prozesse, notwendig ist deshalb eine Innovationsstrategie, die auch den Kontext innovativen Arbeitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern berücksichtigt. Dazu gehören auch weiche Standortfaktoren, wie die Betreuungsinfrastruktur für den Nachwuchs und beispielsweise betriebliche Gesundheitsfürsorge.

Die Investitionsbedingungen und die Investitionsanreize, auch die steuerlichen durch attraktivere Abschreibungsregeln, müssen verbessert werden. Re-Investitionen müssen sich gegenüber unproduktiver Vermögensbildung steuerlich erheblich mehr lohnen. Noch wichtiger für einen neuen Investitionsboom in

Deutschland wie in Thüringen ist ein dazu ein unzweideutiges Signal der Gesellschaft und der Politik: Wir sind zukunftsfähig!

Investitionen in die Zukunft

Wenn wir die richtigen Weichenstellungen im Umgang mit den globalen Umweltproblemen und mit dem demographischen Wandel schaffen, statt wie die schwarz-gelbe Bundesregierung zu zaudern und zu lavieren, schaffen wir Investitionssicherheit für Zukunftsinvestitionen. Dies ist eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben. Flankiert und abgesichert wird ein solch glaubwürdiger Weg in die Zukunft durch Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in eine Forschungs- und Universitätslandschaft, die sich an der Weltspitze behaupten kann. Unser Kapital in Thüringen dazu ist vor allem die globale Marke „Bauhaus“, nicht nur als Produkt, sondern auch als Philosophie eines ganzheitlichen Umgangs mit Mensch und Material.

Um die Qualifikation der kommenden Generation so zu sichern, dass Deutschland und auch Thüringen in einer globalisierten Welt Hochlohnland bleiben und werden kann, sind Bildungsanstrengungen auf allen Ebene erforderlich. In der frühkindlichen Bildung, in der Schule, in der beruflichen Bildung, die sich weiterentwickeln muss, und den Universitäten und der Fortbildung für Menschen, die bereits im Beruf stehen. Dort hinken wir besonders hinterher. Um diese ungeheure Aufgabe zu bewältigen, sind höhere und intelligentere staatliche Investitionen in Bildung erforderlich, zusammen mit privaten Investitionen, die in Deutschland noch vergleichsweise niedrig sind. Dabei muss aber aus Gründen der Chancengleichheit und der Bildungsexzellenz in der Breite sichergestellt werden, dass die Ausbildung in Deutschland bis zu einem ersten Studium staatliche finanziert wird.

Schließlich dürften wir den sozialen Zusammenhalt nicht vernachlässigen, wenn wir über eine neue Investitionsoffensive sprechen. Hier muss es darum gehen, in das Zusammenleben in den Städten zu fördern, die soziale Integration von Ausländern, Lebensperspektiven für Menschen in strukturschwachen Räumen aufzuzeigen, und die soziale Spaltung zu überwinden. Ein moderner und leistungsfähiger Sozialstaat schafft hierfür eine solide Basis, reicht aber bei weitem nicht aus. Es geht um Teilhabe an den Chancen und Erträgen der modernen und technisierten Leistungsgesellschaft in einem umfassenden Sinne. Wir müssen uns auch in Thüringen einer Zuwanderungsdiskussion stellen, die über Deutschland hinausreicht.

Das Land muss sich aktiv um ausländische Fachkräfte bemühen und diese bereit sein zu integrieren. Integration verlangt Aktivität von beiden Seiten. Die Zustandsbeschreibung des Bundespräsidenten der Islam gehöre zu Deutschland war lediglich eine passive Anerkennung des Gegebenen. Wir müssen den Prozess zum Einwanderungsland hin aktiv gestalten und als Chance für Thüringen verstehen, nicht als Bedrohung. Wenn wir alleine unter uns bleiben wollen, werden wir den nötigen auch kulturellen Modernisierungsschub nicht schaffen.

Vom Vorleister zum Finalisten, auf dem Weg zu einer Spitzenstellung

Thüringen braucht einen neuen Modernisierungsschub aber auch aus einem weiteren Grund. Die Unternehmen in Thüringen sind bisher zu oft nur flexible Vorleistungsproduzenten westdeutscher oder ausländischer Finalproduzenten. Die Innovationsrenditen würden woanders, die Gewinne nicht in Thüringen realisiert. Das Ergebnis: Das Bruttoinlandsprodukt hinkt deutlich hinter dem Westdeutschen Niveau hinterher. Ebenso die Löhne und Gehälter.

Die Zeiten, in denen Thüringen mit Verweis auf Investorenwerbung mit niedrigen Löhnen geworben hat, sind vorbei. Das hat sich auch dank der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung schneller durchgesetzt, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Die Energie- und Effizienzrevolution vorantreiben

Mit der Beteiligung der SPD an der Regierung hat sich das Land Thüringen seit 2009 auf eine energiepolitische wie wirtschaftspolitische Zukunftsstrategie verpflichtet, die auf breite Akzeptanz stößt. Diese Akzeptanz gilt es zu verbreitern und zu nutzen.

Zu unserer energiepolitischen Zukunftsstrategie gehört jetzt umso dringlicher, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien in all ihren Formen, d.h. Windenergie, Photovoltaik, Geothermie und Wasserkraft noch schneller und gezielter vorantreiben, Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und Energieeinsparungen auf den Weg bringen, den Einsatz von Effizienzkraftwerken wie z.B. KWK-Anlagen fördern und den Ausbau notwendiger Infrastrukturen für die Energieversorgung voranbringen. Es muss außerdem, gerade in

Thüringen mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, um diese geforderte, nachhaltige Energieversorgung realisieren zu können.

Wir wollen in Thüringen einen Beitrag für eine wirkliche Energiewende in Deutschland leisten. Deswegen wollen wir auch im Freistaat alle Formen der Erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Dazu gehören Windenergie, Photovoltaik, Geothermie und Wasserkraft.

Unser Ziel ist es, auf diese Weise in Thüringen einen EE-Anteil von mindestens 45% am Gesamtenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen. Und wir wollen auch in Thüringen die Effizienz vorantreiben. Dazu müssen Maßnahmen zur energetischen Erneuerung des Landes auf den Weg gebracht werden. Das Land sollte dabei bei den eigenen Liegenschaften vorangehen. Und wir müssen die Rahmenbedingungen für den Ausbau der EE verbessern. Dazu gehören u.a.

ein Landesentwicklungsplan, der der Vorrang der Erneuerbaren Energien gesetzlich festschreibt und verbindliche Zielsetzungen für deren Ausbau definiert,

und die Unterstützung und Förderung von Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und entsprechende Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung.

Wir treten darüber hinaus ein für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung auch in Thüringen und wollen den Gemeinden im Rahmen des Gemeindewirtschaftsrechts die Möglichkeit eröffnen, auch unternehmerisch im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig zu werden. Dies sollte auch mit Mitteln aus der GRW, der Gemeinschaftsausgabe Regionale Wirtschaftsförderung, geschehen können.

(c) Der Neue Fortschritt braucht ausgewählte Wachstumsfelder

Der neue Fortschritt braucht auch in Thüringen eine materielle Grundlage. Unsere oben formulierten Orientierungspunkte bedingen eine Wirtschaftspolitik, die getragen wird von nachhaltiger und zukunftsfähiger Wertschöpfung.

Wachstum und Beschäftigung lassen sich nur dann erreichen, wenn es gelingt, die großen Herausforderungen der Zukunft, wie z. B. die Globalisierung, den Standortwettbewerb, die Beschleunigung des technologischen Fortschritts, die Dynamisierung von Erwerbsbiografien, demografische Veränderungen, den ökonomischen Strukturwandel oder die Frage einer notwendigen Effizienzrevolution (Energie / Ressourcen) als Chancen zu begreifen.

Die fünf „I“ sind die entscheidenden Faktoren der nachhaltigen und erfolgreichen Wirtschaft von morgen:

- Innovationen,
- Investitionen,
- Infrastruktur,
- Internationalisierung und
- Integration von Talenten und Arbeitskräften.

3. Thüringen 2020 – Unser Programm für Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit

Wirtschaftspolitik ist niemals nur die Beschäftigung mit Gegenwartsproblemen, Wirtschaftspolitik ist vor allem immer die Gestaltung der Zukunft. Und je dynamischer die Veränderungen sind, desto höher ist der Bedarf an der Entwicklung intelligenter Lösungsansätze. Es müssen Ideen entwickelt werden, die über das tagespolitische Geschehen hinausreichen. Gebraucht wird ein weiterer Horizont. Es geht darum, aus den wichtigsten und verlässlichsten Trends der nächsten 20 Jahre potenzielle Nachfrage abzuleiten und damit der wirtschaftlichen Entwicklung in Thüringen und der Wirtschaftspolitik eine langfristig nachhaltige Ausrichtung zu verleihen.

(a) Wachstumsbranchen und Zukunftstechnologien erkennen

Notwendig ist eine Konzentration auf Schwerpunkte mit großen Entwicklungspotenzialen für Wachstum und Beschäftigung. Dabei handelt es sich um vier anwendungsorientierte Technologien:

- Automobil Life Sciences
- Umweltfreundliche Energien und
- Energiespeicherung
- Maschinenbau

Dazu kommen vier Querschnittstechnologien:

- Kunststoffe und Keramik
- Mikro- und Nanotechnik
- Mess-, Steuer- und Regeltechnik (MSR)
- Optik/Optoelektronik

Diese Technologiefelder treiben Wachstum und Beschäftigung in allen Branchen an, es ist zudem mit erheblichen Synergieeffekten zwischen diesen einzelnen Feldern und somit einer Potenzierung der Dynamik zu rechnen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen globalen Herausforderungen und den Möglichkeiten, die wir in Thüringen vorfinden, wollen wir eine Politik der ausgewählten Wachstumsfelder umsetzen, um unser Land zukunftsfest zu entwickeln.

(b) Handlungsempfehlungen des Trendatlas konsequent umsetzen

Der „Trendatlas Thüringen 2020“ nennt hierzu eine Vielzahl von Maßnahmen und Reformen. Wir fordern die Landesregierung auf, diese entschlossen und zeitnah umzusetzen.

Zu diesen Handlungsempfehlungen gehören u.a.:

Die Wirtschaftsförderung auf die Wachstumsfelder konzentrieren und mit einem Industriekabinett die Technologieförderung stärken

Angesichts der Veränderung der Förderlandschaft ab 2013 müssen die verfügbaren Ressourcen auf die Felder konzentriert werden, die das meiste Wachstum versprechen.

Die vorhandenen Förderinstrumente müssen überprüft werden, um mehr Transparenz zu schaffen und den Fokus auf Wachstumsfelder zu setzen.

Die Kofinanzierung sämtlicher Wirtschaftsförderinstrumente, die teilweise aus Mitteln des Bundes und der Europäischen Strukturfonds bis 2013 finanziert werden, müssen durch das Land sichergestellt werden.

Notwendig ist der sukzessive Aufbau revolvierender Fonds, um auch nach Auslaufen der aktuellen Förderperiode Mittel für künftige Investitionen bereitstellen zu können.

Wir begrüßen die Ausrichtung der Technologieförderung auf wichtige Felder wie GreenTech bereits erfolgt ist. Mit Gründung der Thüringer GreenTech-Agentur (TheGA) wurde eine wichtige Institution geschaffen, um dieses wichtige technologische Feld zu bearbeiten.

Darüber hinaus besteht erheblicher Verbesserungsbedarf bei der Integration von kleinen und mittleren Unternehmen in Forschungsprojekte. Hier ist auch die Definition strategischer Schwerpunkte für Verbundprojekte unter Beteiligung von KMU erforderlich.

Für die Stärkung der Technologieförderung benötigen wir die Einrichtung eines Industriekabinetts und die Schaffung einer Koordinierungsstelle zur Technologieförderung von KMU sowie die Erhöhung der Landesmittel im Bereich der klar wachstumsfokussierten Technologieförderung

Instrumente der Wirtschaftsförderung weiterentwickeln und wirtschaftspolitischer Expertise aufbauen

Bei der Wirtschaftsförderung brauchen wir eine bessere Expertise und die Bereitstellung aller notwendigen Informationen durch fachliche Beratung. Hier muss mehr praxisnahe Kompetenz auch in Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen aufgebaut werden. Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente wie Bürgschaften und Kredite sowohl für

Unternehmen in Krisensituationen als auch für die Markterschließungsphase. Wir brauchen „Scouts“ entlang der neuen Wachstumsfelder und technologischer Trends.

Wissenschaft und Forschung stärken, Forschungsergebnisse schneller kommerzialisieren

Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung in Thüringen ist eine Schlüsselfrage für die Innovationsfähigkeit Thüringens. Die Technologieförderung kann in Thüringen nur erfolgreich weiter vorangetrieben werden wenn es gelingt, zusätzliche Drittmittel entlang der anwendungsorientierten Technologien und der Querschnittstechnologien zu akquirieren. Dies muss landesseitig systematisch unterstützt werden, etwa durch den Aufbau einer Leitstelle, die bei der Identifizierung geeigneter Förderprogramme unterstützt und die Antragsteller operativ begleitet.

Zur Stärkung der Forschungs- und Ausbildungsleistung der MINT-Fächer benötigen wir interministerielle Initiativen.

Schließlich muss es gelingen, Forschungsergebnisse schneller in wirtschaftlich verwertbare Entwicklungen zu übersetzen. Dazu brauchen wir eine verbesserte Vernetzung zwischen Hochschulen und Unternehmen. Netzwerkstrukturen und Innovationsforen müssen zu Bindegliedern zwischen Forschung und Wirtschaft werden.

Wir brauchen eine verbesserte Beratung gerade für kleine und mittlere Unternehmen, um erfolgreich Forschungs- und Entwicklungsmittel abrufen zu können.

Vorfahrt für Industrie und industrielle Dienstleistungen

Thüringen ist ein Industrieland. Wir wollen die industrielle Basis weiter stärken und ausbauen. Wir wissen, dass dort, wo eine expansive Industriepolitik erfolgreich umgesetzt wird, auch industrienahen Dienstleistungen zunehmen. Die Beschäftigung in Industrie und industrienahen Dienstleistungen zeichnet sich zudem über eine höhere Arbeitsplatzsicherheit und bessere Lohnentwicklungen aus als beispielsweise im Handeln und industriefernen Dienstleistungen. Derartige Unternehmensansiedlungen müssen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens möglichst bevorzugt behandeln. Wir wollen, dass die vorhandenen Spielräume in den Genehmigungsverfahren und bestehende Potenziale bei der zeitlichen Verzahnung von Raumplanungs- und Genehmigungsverfahren genutzt werden.

Durch die Bereitstellung etwa von Mietfabriken wollen wir die Voraussetzungen stärken, in Thüringen kostengünstiger zu produzieren.

Unternehmenswachstum fördern und Unternehmenskooperationen fördern

Unternehmen in Thüringen haben oftmals eine zu geringe Größe, um in Forschung und Entwicklung investieren oder neue Märkte erschließen zu können. Deshalb muss sowohl das organische Wachstum von Unternehmen, also auch verschiedene Formen von Kooperationen bis zur Übernahme von Unternehmen stärker als in der Vergangenheit unterstützt werden.

Wir brauchen eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung, damit Unternehmen erfolgreicher auf neue Märkte orientieren und ihre Produkte vermarkten können.

Die Kooperation von Unternehmen in den oben genannten Technologiefeldern und über deren Grenzen hinweg bietet große Potenziale. Die Zusammenarbeit muss und kann erheblich verbessert werden durch eine engere Verbindung von anwendungsorientierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen, durch integrierte Angebote aus industriellen Produkten und den dazu gehörenden Dienstleistungen sowie integrierte Systeme als Angebot eng kooperierender Unternehmen.

Unternehmenskultur und Existenzgründungen stärken

Wir brauchen eine neue Gründerwelle. Trotz einer breiten kleinen- und mittelständischen Unternehmensstruktur liegt Thüringen bei den Gewerbeanmeldungen und Unternehmensgründungen unterhalb des Bundesdurchschnitts. Die Beratungs- und Finanzierungsbedingungen für Existenzgründungen müssen verbessert werden. Mit der Thüringer Gründerinitiative, dem Thüringer Gründernetzwerk und den Thüringer Business Angels wurde einiges

auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass diese Beratungsstruktur ausgebaut und verstetigt und vor allem bei der Businessplan-Erstellung verbessert wird.

Investitionsausgaben sichern, verstärken und leistungsfähige Infrastruktur sicherstellen

Öffentliche wie private Investitionen müssen gesichert und verstärkt werden. Dazu ist eine Ko-Finanzierung der Bundes- und EU-Mittel unabdingbar.

Wir müssen die vorhandenen Lücken in den Wertschöpfungsketten der Industrie und industrienahen Dienstleistungen schließen. Auch dazu brauchen wir die Bereitstellung weiterer Gewerbeflächen und die verstärkte Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Gründerzentren (z.B. durch kaltmietfreie Betriebsstätten)

Die Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur ist ein Schlüssel für die Entwicklung des Landes. Die urbanen Zentren müssen verkehrstechnisch an die Verkehrsachse Berlin-Erfurt-München angeschlossen werden.

Die grauen Flecken in der Breitbandversorgung müssen endlich geschlossen werden.

Wir brauchen einen strategischen Flächenpool für weitere Unternehmensansiedlungen.

Ausländische Märkte mit Potenzial erschließen

Thüringer Unternehmen sind noch immer zu wenig auf den internationalen Märkten präsent. Dies liegt auch an der oft kleinen Unternehmensgröße. Hier müssen Serviceangebot verbessert werden, damit auch diese Unternehmen auf den Zukunftsmärkten ihre Chancen ergreifen können.

Thüringer Aufbaubank zur Landesstrukturbank weiterentwickeln

Eine strukturierte Förderpolitik braucht eine handlungsfähige Landesstrukturbank. Die aktuelle Beteiligung des Landes Thüringen an der HeLaBa wird den notwendigen Herausforderungen nicht gerecht. Die Landesbank ist in Thüringen zu wenig präsent und hat eine zu geringe förderpolitische Wirkung.

Deshalb sehen wir es als zwingend an, die Thüringer Aufbaubank stärker für die Förderpolitik des Landes zu nutzen. Wenn sie diese neuen Herausforderungen erfolgreich bewältigen soll, muss ihre Eigenkapitalausstattung erhöht werden. Dazu ist es beispielsweise erforderlich, dass die erwirtschafteten Gewinne nicht ausgeschüttet werden, um den Landeshaushalt zu konsolidieren, sondern sie müssen in der Aufbaubank verbleiben. Damit wird eine höhere Hebelwirkung für den Gesamtnutzen des Freistaates erreicht, weil zusätzliche Kreditvergaben nicht nur die Wirtschaft insgesamt in Sinne von Wachstum und Beschäftigung stützen kann, sondern auch das Gewinnpotenzial und damit die potenziellen indirekten Rückflüsse in den Landeshaushalt zunehmen werden.

Es müssen darüber hinaus weitere Maßnahmen vorurteilsfrei geprüft werden, die Eigenkapitalausstattung zu stärken und das Finanzierungsportfolios der Thüringer Aufbaubank zu erweitern.

Wir sprechen uns auch für die Übernahme von Unternehmensbeteiligungen aus, die für Thüringen eine strategische Bedeutung haben.

Parallel zur Erweiterung des Aufgabenspektrums müssen die Risikomanagement- und Monitoringstrukturen wachsen.

Fachkräfteversorgung sichern

Beschäftigungspolitik muss endlich als investitionspolitische Notwendigkeit verstanden werden. Wir müssen die Fachkräfteversorgung sicher, in dem wir alle Potenziale ausnutzen – auch durch Anwerbung und Zuwanderung.

Es muss frühzeitig Orientierungshilfen zur Berufsorientierung geben, die Ausbildungsquote muss erhöht werden. Wirtschaftsnähe der Studiengänge müssen gestärkt sowie Schul-, Ausbildungs- und Studienabbruchquote verringert werden.

Die Abwanderung von Hochqualifizierten muss verringert, Zuwanderung unterstützt werden.

Wir wollen die Erwerbsspartizipation von weiblichen und älteren Beschäftigten deutlich erhöhen sowie flexible Arbeitszeitmodelle bei allen Gruppen von Erwerbstätigen etablieren. Die Produktivität der Arbeitnehmer soll durch kontinuierliche Weiterbildung und Qualifizierung weiterentwickelt werden.

Clustermanagement verbessern, regionale Netzwerke stärken

Das Land muss die strategische Entwicklungsplanung der Cluster unterstützen, z.B. durch die zweckbestimmte Unterstützung bestehender Netzwerke mit Ressourcen, durch eine übergreifende Einheit, die die notwendige Abstimmung vorantreibt und Kooperationsvorhaben anstößt.

Die Cluster müssen eine „Roadmap“ erarbeiten, in der die Ziele, Meilensteine und die wesentlichen Maßnahmen für die Akteure dargelegt sind, und die Orientierung über die wichtigsten Projekte und Herausforderungen gibt.

Diese starke Profilbildung muss einen klaren Bezug zu den genannten Technologiefeldern aufweisen.

(c) Thüringen 2020 – Mut zum Handeln, Mut zum Regieren!

Eine bessere Zukunft für Thüringen ist möglich. Wir geben mit dem Neuen Fortschritt für Thüringen die notwendigen Impulse und notwendigen Antworten auf die Herausforderungen für Thüringen. Wir haben den Mut zum Handeln. Wir haben den Mut zum Regieren!

LEIHARBEIT BEGRENZEN / ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT SCHAFFEN

Gleiches Geld und gleiche Bedingungen für gleiche Arbeit

Die SPD Thüringen sieht dringenden Handlungsbedarf. Mehr Ordnung auf dem Thüringer Arbeitsmarkt ist geboten, um Leiharbeit zu begrenzen und Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen vor Lohndumping zu schützen.

Die Delegierten des Landesparteitages unterstützen deshalb ausdrücklich die vom Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie eingeleitete Veränderung der Förderpraxis im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Anreize zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und zur Eindämmung von Leiharbeit zu setzen.

Leiharbeit darf kein Instrument für den Abbau von Stammarbeitsplätzen sein.

Leiharbeiter dürfen nicht länger als Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden, indem ihnen gleicher Lohn und gleichwertige Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit verweigert wird. Für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen gleiche Rechte gelten, wie für die Stammebelegschaften. „Gleiches Geld und gleiche Bedingungen für gleiche Arbeit“ muss die Regel für Leiharbeit werden.

Darüber hinaus fordern und kämpfen wir für

- die Wiedereinführung des sog. „Synchronisationsverbots“: Leiharbeitsfirmen müssen Beschäftigte künftig länger als nur für die Dauer eines akquirierten Einsatzes in einem Entleihbetrieb einstellen,
- eine von den Leiharbeitsunternehmen finanzierte Lohnsummenumlage zur Finanzierung eines Weiterbildungsfonds für Leiharbeiter,
- die Einführung einer Höchstverleihzeit,
- einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn,

- ein Ende des Aushebelns der betrieblichen Mitbestimmung: Leiharbeitnehmer sollen künftig im Betrieb des Entleihers als Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes gelten.

Die SPD Thüringen zeigt sich außerdem enttäuscht über die einseitige, öffentlich vorgetragene Kritik der Industrie- und Handelskammern. Die Zeit der Niedriglohnpolitik und des Niedriglohnstandorts Thüringen ist ein für alle mal vorbei. Die IHKs sind gefordert, ihre Funktion und ihren öffentlichen Auftrag ernst zu nehmen und sich gemeinsamen Diskussions- und Lösungsprozessen nicht zu entziehen.

O.T.

Nachhaltige Lohnsteigerung und Erhöhung der Tarifbindung zum Ausgleich der Welthandlungsungleichgewichte, zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in Deutschland und zur Reduzierung der Einkommensunterschiede zwischen Kapitaleigentümern und Arbeitern bzw. Angestellten

Die Thüringer SPD fordert von den Gewerkschaften und den Arbeitsgebervertretern, dass die Tarifabschlüsse in den kommenden 10 Jahren deutliche reale Lohnsteigerungen vorsehen. Die SPD setzt sich für die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine höhere Tarifbindung ein.

Die Thüringer SPD wird für einen Antrag mit diesem Inhalt auf der Bundesebene sorgen.

Die Thüringer SPD fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die Gehälter der Beamtinnen und Beamten im Landesdienst entsprechend dem Tarifabschluss bei den Angestellten im Landesdienst anzugleichen.

O.T.

Die Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die im neuen Thüringer Vergabegesetz enthaltene Möglichkeit, die Betriebe bei der Vergabe zu bevorzugen, die aktive Gleichstellungspolitik betreiben, nicht von einer Beschäftigtenanzahl von mindestens 25 Arbeitnehmern bei gleichwertigen Bietern abhängig zu machen.

THÜRINGEN ZUM GRÜNEN MOTOR DEUTSCHLANDS MACHEN

Die SPD Thüringen steht für eine aktive Energiepolitik und die Umstellung der Energieversorgung auf 100 % erneuerbare Energien. Auf allen politischen Ebenen wirken wir für eine nachhaltige Planung und Unterstützung nachhaltiger Energiekonzepte.

Zu diesem Zweck ist, gerade in Thüringen noch viel an Information zu vermitteln. In einigen Bereichen müssen hier auch Widerstände vor Ort überwunden werden. Dies geht nur wenn wir gemeinsam an diesem Ziel mitwirken und auch bereit sind, uns einer kritischen Auseinandersetzung zu stellen.

Wie so oft in der Geschichte werden politische Handlungen mit Weitsicht, erst im historischen Kontext anerkannt. Künftige Generationen werden sich daran erinnern, welche politischen Kräfte frühzeitig für eine nachhaltige Politik zum Schutz von Umwelt und Ressourcen eingetreten sind.

Die SPD Thüringen hat hier eine führende Rolle. Durch nachhaltige Politik sorgen wir dafür, dass Thüringen die Märkte der Zukunft besetzt.

In der jetzigen Legislaturperiode setzen wir in Regierungsverantwortung gute Entwicklungen der Vergangenheit fort, gleichen aber auch Versäumnisse der Vergangenheit aus.

Aus Sicht der SPD Thüringen sind dabei folgende Forderungen maßgebend:

Den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie

Die Unterstützung des Repowerings von bestehenden Windkraftanlagen und ausgewiesene Flächen für entsprechende Versuchsanlagen in Thüringen

Eine sachgerechte Abschmelzung der Einspeisevergütung aus Solarstrom. Wir wenden uns in aller Deutlichkeit gegen die wirtschaftsfeindliche Politik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Der Ausbau der Windkraftnutzung als Markt der Zukunft. Eine Aufhebung unnötiger Restriktionen für diese effizienteste Form der Energienutzung ist in Thüringen dringend notwendig. Wir wollen mit unserer Politik den Ausbau der Windenergie unter Beachtung naturschutzrechtlicher Bedingungen fördern und nicht verhindern.

Wir setzen uns deshalb für einen deutlichen Ausbau der Windkraft im Dialog mit den Bürgern und kommunalen Vertretern ein. Das Ziel ist eine Ausweitung der entsprechenden Vorrangflächen auf 1 % der Landesfläche.

Wir wollen die Thüringer Potentiale zur Energieerzeugung aus Biomasse heben. Allerdings halten wir eine besondere Förderung flächenschonender Energieerzeugung für erforderlich. Tierische Abfallprodukte müssen den Vorrang vor Energiepflanzen haben.

Für Wohneigentum fordern wir die Einführung einer der entsprechenden Lebenssituation und des Mietspiegels angepassten Förderung der Sanierungsmaßnahmen. Nur so kann erreicht werden, dass die energetischen Einsparpotentiale im Gebäudebestand gehoben werden.

Für die zum Ausbau der Übertragungsnetze nötigen baulichen Großprojekte fordern wir einen entsprechenden Lastenausgleich in Form einer dauerhaften Lastenausgleichsabgabe der Vorhabenträger an die betroffenen Kommunen. Diese Mittel dürfen nicht zweckgebunden sein, sondern sowohl für Naturschutz- als auch für Infrastrukturmaßnahmen und soziale Projekte nutzbar sein.

GEBÜHRENFREIHEIT AUCH FÜR KINDERTAGESSTÄTTEN VERWIRKLICHEN!

Die SPD-Landtagsfraktion, die Thüringer SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Landesvorstand prüfen gemeinsam, welche Möglichkeiten es gibt, die Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten als Gemeinschaftsaufgabe von Kommune, Land und Bund umzusetzen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind zum Landesparteitag 2012 vorzulegen. Zur gezielten Diskussion der Ergebnisse wird eine Diskussionsveranstaltung zum Thema durch den SPD-Landesvorstand organisiert.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM SICHERN

Hausarzt- und zum Teil bereits Facharztpraxen, die keine neuen Patienten mehr aufnehmen, sind inzwischen flächendeckend in Thüringen zu finden. Die Bevölkerungswanderung, die hiesige Einkommensstruktur sowie die demografische Entwicklung verstärken das Problem, dass kaum neue Haus- und Fachärzte insbesondere für den ländlichen Raum in den sog. Neuen Bundesländern gewonnen werden können.

Auch dank des medizinischen Fortschritts, leben immer mehr und immer ältere Menschen im Freistaat Thüringen, was zur Folge hat, dass die Krankenlast weit überdurchschnittlich ist und Quersubventionierungen innerhalb der Praxen niedergelassener Ärzte auch aufgrund des wesentlich niedrigeren Anteils von Privatpatienten nicht möglich ist.

Die Bundesregierung hat diese Situation mit der am 01. Januar 2011 in Kraft getretenen sog. Gesundheitsreform weiter verschärft, in dem beispielsweise die Morbiditätslast bei der Berechnung der Arzthonorare abgeschafft wurde.

Die Thüringer SPD setzt sich in der Landesregierung sowie gegenüber dem Bundesverband für die Erarbeitung und zeitnahen Umsetzung eines Masterplans zur Sicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ein. Folgende Maßnahmen sollen insbesondere Bestandteil dessen sein:

Die Residenzpflicht für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, im Freistaat Thüringen, ist abzuschaffen.

Verstärkte Hilfestellung bei der Übernahme bestehender Praxen durch junge Ärztinnen und Ärzte wenn diese vor der Veräußerung steht.

Förderung des Hausbesuchssystems der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum und deren Berücksichtigung bei der Berechnung der Honorare.

VORRANG FÜR BILDUNG UND LEBENSWERTE KOMMUNEN – FORTSCHRITT BRAUCHT EIN GERECHTES STEUERSYSTEM!

Gesellschaft gestalten statt verwalten!

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist eng verbunden mit gesellschaftlichen Umbrüchen und gesellschaftlichem Fortschritt. Die Einführung von Sozialversicherungen im 19. Jhd., die Bildungsexpansion Ende der 1960er Jahre oder der rot-grüne Atomausstieg und der Einstieg in das Zeitalter der regenerativen Energien sind Ergebnisse sozialdemokratischen Handelns. Im Mittelpunkt stand dabei der Glaube und das Wissen, durch Politik Gesellschaft zu verändern. Gesellschaftspolitik ist Steuerpolitik. Nur, wenn Bund, Länder und Kommunen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, kann Politik Gesellschaft gestalten und das Leben für viele Menschen lebenswerter machen. Der historische Erfolg unserer Politik hat sich nie in der abstrakten Frage von Be- und Entlastungen widerspiegelt sondern immer im Ziel durch handlungsfähige Politik und die Schaffung der Ressourcen dafür, Ideen für ein besseres Leben für jeden Einzelnen zu verwirklichen.

In den vergangenen Jahren wurde allen staatlichen Ebenen durch etliche Steuersenkungen, insbesondere für die Einkommens- und Vermögensstärkeren unserer Gesellschaft, Geld entzogen, was teilweise zur Handlungsunfähigkeit geführt hat. Die erhofften zusätzlichen privaten Investitionen sind dagegen nicht erfolgt. Vielmehr hat auch diese Politik dazu geführt, dass die Ungleichheit in keinem anderen OECD-Land so stark gestiegen ist wie in Deutschland. Der Ruf nach immer neuen Steuer- und Abgabensenkungen – wie schwarz-gelb es praktiziert – führt deswegen in die Irre. Er macht den Menschen vor, sie würden übermäßig belastet, ohne dabei die staatlichen Leistungen zu thematisieren. Die Belastungsthese ist zudem falsch: Deutschland liegt im EU-Vergleich bei der Gesamtabgabenquote im europäischen Mittelfeld, bei der Steuerquote liegt es an vorletzter Stelle.

Unsere Idee von Bildung und lebenswerte Kommunen.

Wir Sozialdemokrat_innen setzen diesem Irrweg ein anderes Bild entgegen: Wir wollen die Gesellschaft gestalten und ein gutes Leben für alle verwirklichen und nicht nur für die, die es sich leisten können. Wir wollen mit dem Irrglauben aufräumen, die Menschen würden übermäßig belastet. Vielmehr geht es uns

darum, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen, der auf Leistung und Gegenleistung beruht. Wir wollen deshalb keine abstrakten Steuerdiskussionen mehr, sondern unsere Zukunftsprojekte definieren und sie mit konkreten Finanzierungsinstrumenten verbinden. Für uns sind dabei folgende Zukunftsinvestitionen unerlässlich:

Es besteht gesellschaftlicher Konsens darüber, dass sich die Investitionen in Bildung deutlich erhöhen müssen. Wir wollen gebührenfreie Kindertagesstätten für alle. Wir wollen ausreichend und gute Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen marode Schulgebäude sanieren und sie gut ausstatten. Wir wollen ein gebührenfreies Studium zu besten Bedingungen. Und wir wollen Weiterbildungschancen für alle eröffnen. Gemessen am OECD-Durchschnitt zahlt Deutschland pro Jahr 20 Mrd. Euro zu wenig für Bildung. Studien gehen sogar von einem Fehlbedarf von 30 Mrd. Euro aus. Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss die Ausgaben deswegen schnellstmöglich mindestens auf den OECD-Durchschnitt anheben. Zusätzlich brauchen wir eine mittelfristige Bedarfsanalyse, die die tatsächlich erforderlichen Mittel bemisst.

In Thüringen sind wir den richtigen Weg gegangen. Allein das neue Kitagesetz hat zu zusätzlichen Investitionen von etwa 90 Millionen Euro in frühkindliche Bildung geführt. Diese Investitionen müssen auch in Zukunft verstetigt und weiter ausgebaut werden. Der Staat muss dafür neue Einnahmen generieren um handlungsfähig zu bleiben.

Die Situation unserer Kommunen ist dramatisch. Viele sind bereits handlungsunfähig, da viele Lasten auf sie übertragen wurden. Vor allen Dingen unterbleiben deswegen notwendige Investitionen in die Infrastruktur. Viele Gebäude und Straßen sind deswegen heute schon marode. Wir wollen aber lebenswerte Städte und Gemeinden, die ihren Bürger_innen eine leistungsfähige Infrastruktur und gute öffentliche Dienstleistungen bieten. Nach Studien fehlen den deutschen Kommunen allein für Investitionen pro Jahr mindestens sieben Mrd. Euro. Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss deswegen neben diesen erforderlichen Investitionen auch den Handlungsspielraum für laufende Ausgaben zurück geben, um selbst gestalten zu können. Auch hier muss eine Bedarfsanalyse her.

Fast alle sind sich einig, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit ist. Dem kann nur durch mutiges und entschlossenes Handeln begegnet werden. Dabei allein auf private Investitionen zu setzen, ist ein gefährlicher Weg. Vielmehr muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und zum einen selbst die notwendigen Investitionen etwa in den Ausbau der Schiene vornehmen und zum anderen private Investitionen etwa bei der Gebäudesanierung unterstützen. Im EU-Vergleich hat Deutschland 30 Mrd. Euro weniger öffentliche Investitionen als der Durchschnitt. Wir wollen Thüringen zum grünen Motor Deutschlands machen und damit Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Prosperität verbinden. Neben den kommunalen Investitionen muss ein sozialdemokratisches Steuerkonzept also auch Investitionen in den Klimaschutz in Höhe von mehreren Mrd. Euro beinhalten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrem Sparpaket gerade die Schwächsten in der Gesellschaft massiv belastet. Die Sozialdemokratie hat dies richtigerweise kritisiert. Auch die Auseinandersetzungen zum ALG II-Regelsatz machen deutlich, dass die Bundesregierung lieber einen Verfassungsbruch wagt, als allen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Auch hier hat die SPD widersprochen. Wir wollen allen Menschen ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Deswegen muss ein sozialdemokratisches Steuerkonzept mindestens die Rücknahme der unsozialen schwarz-gelben Kürzungspolitik sowie die Finanzierung eines menschenwürdigen Regelsatzes beinhalten.

Diese Projekte kosten Geld. Es ist aber gut investiert in die Zukunft und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Zur Finanzierung werden Steuerreformen unausweichlich sein. Wir sind aber sicher: Sei es die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Vermögenssteuer, Reformen der Erbschaftssteuer, die gleiche Besteuerung von Kapitaleinkünften, die Finanztransaktionssteuer, die Streichung des Ehegattensplittings oder die Streichung von unökologischen Subventionen – die Instrumente liegen auf dem Tisch. Man braucht nur den Mut, sie auch anzuwenden.

Unsere Priorität: Fortschritt durch Zukunftsinvestitionen statt Entlastungsdebatten!

INITIATIVE ZUR (WIEDER)EINFÜHRUNG DER VERMÖGENSTEUER/VERMÖGENSABGABE IM BUNDESRAT STARTEN

Die SPD Thüringen fordert den Landesvorstand, Kabinettsmitglieder und Abgeordnete der SPD Thüringen auf, ein transparentes Verfahren aufzunehmen, in dem die in der Thüringer SPD für Wirtschaft, Finanzen und für den Bundesrat Verantwortlichen eine ernsthafte Abstimmung mit dem Koalitionspartner CDU sowie die Koordination mit den Kollegen aus den SPD-regierten Bundesländern suchen, mit dem Ziel einer gemeinsamen Initiative zur angemessenen Besteuerung von Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland.

POLIZEILICHE KENNZEICHNUNGSPFLICHT

In Deutschland gibt es bis heute keine generelle und für alle Bereiche der Polizeiarbeit verbindliche Kennzeichnungspflicht. Die SPD Thüringen fordert daher die gesetzliche Einführung einer individuellen Polizeikennzeichnung. Diese soll nicht nur für Beamtinnen und Beamten im Innendienst und Streifenpolizisten gelten, sondern gerade auch für Bereitschaftspolizisten im Einsatz.

Angehörige der Polizei sollen in Ausübung Ihres Dienstes grundsätzlich ein Namensschild mit Dienstgrad tragen. Geschlossene Einheiten im Einsatz können die Namensschilder durch einsatzbezogene bzw. nachträglich individualisierbare Kennzeichnungen ersetzen, beispielsweise mittels Pseudonymen oder individualisierbaren Codes. Hierdurch wird der Schutz der Persönlichkeitsrechte des Beamten gewährleistet.

Die SPD Thüringen setzt sich für die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission für die Thüringer Polizei ein. Diese soll, ähnlich dem Wehrbeauftragten beim Dt. Bundestag, sowohl als Ansprechpartnerin für Polizeibeamte als auch für Bürger_innen hinsichtlich interner und externer Probleme der Polizei dienen und mit Ermittlungsbefugnissen zu deren Aufklärung ausgestattet sein.

VERFASSUNGSSCHUTZ BESSER KONTROLLIEREN

Die Thüringer SPD fordert eine bessere Kontrolle des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sollen so schnell wie möglich angepasst werden. Eine Zusammenlegung der Landesämter für Verfassungsschutz der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen soll weiter zielstrebig verfolgt werden. Gleichzeitig bekennt sich die Thüringer SPD zum Verfassungsschutz in seiner Funktion als Frühwarnsystem vor Gefahren für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

O.T.

Die Thüringer SPD-Kreisverbände werden aufgefordert, sich aktiv für die stärkere Beteiligung von Frauen an Kommunalpolitik einzusetzen.

ABLEHNUNG EINES VERTRIEBENEN-GEDENKTAGS AM 5.8.

Mit der Stimmenmehrheit der Regierungsfractionen hat der Bundestag den Beschluss „60 Jahre Charta der Heimatvertriebene“ gefasst und den 5. August als zukünftigen Gedenktag für die Vertriebenen vorgeschlagen.

Die SPD Thüringen lehnt einen solchen Gedenktag ab. Es ist eine geschichtspolitischen Initiative, die das Schicksal der Vertriebenen historisch entkontextualisieren und sie auf eine Stufe mit den Opfern des Nationalsozialismus, analog dem 27.1. als Gedenktag zur Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz, stellen soll.

Die SPD Thüringen begrüßt die eindeutige Haltung der SPD-Bundestagsfraktion in der Debatte am 10.2., wie sie in der Rede von Wolfgang Thierse zum Ausdruck kommt

NEUE VERORDNUNG ZUR RESIDENZPFLICHT ABLEHNEN/ ERLASS EINER RECHTSVERORDNUNG NACH § 58 ABS. 6 ASYLVERFAHRENSGESETZ

Die SPD Thüringen lehnt die neue Verordnung der Landesregierung zur Residenzpflicht für Asylbewerber_innen ab.

Die SPD bekräftigt ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zur Residenzpflicht, denn sie

- hindert Flüchtlinge daran, unabhängige Beratungsstellen zu erreichen, die es in vielen Gegenden nicht gibt, sowie Ärzte aufsuchen zu können, die auf die Behandlung von Flüchtlingen spezialisiert sind.
- befördert die soziale Ausgrenzung. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Kultur, Religion, Politik), Arbeitssuche und der Besuch von Verwandten, Freunden und Bekannten werden unnötig erschwert.
- verschärft die psychisch angespannte Situation der Flüchtlinge.
- schränkt die Wahrnehmung von Grundbedürfnissen in einer EU-weit einmaligen Weise ein.

Die SPD lehnt ferner die in Thüringen bestehende analoge Regelung der Residenzpflicht für „Geduldete“ ab.

Die SPD-Fraktion und die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister in der Thüringer Landesregierung werden gebeten, zu erwirken, dass auf der Grundlage des § 58 Abs. 6 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), welches nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten in Kraft treten wird, eine neue Rechtsverordnung erlassen wird, die alle Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen zu einem Bezirk zusammenfasst, in welchem sich Ausländer_innen ohne Erlaubnis aufhalten können.

Durch eine Zusammenlegung der Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen zu einem Bezirk des erlaubnisfreien Aufenthalts entsprechend § 58 Abs. 6 AsylVfG kann eine Regelung in Thüringen umgesetzt werden, die den erlaubnisfreien Aufenthalt im gesamten Freistaat Thüringen auf der Grundlage des Asylverfahrensgesetzes ermöglicht.

Ferner sollen Verhandlungen mit weiteren Bundesländern aufgenommen werden, um als nächsten Schritt die bundesländerübergreifende Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen zu gewährleisten.